



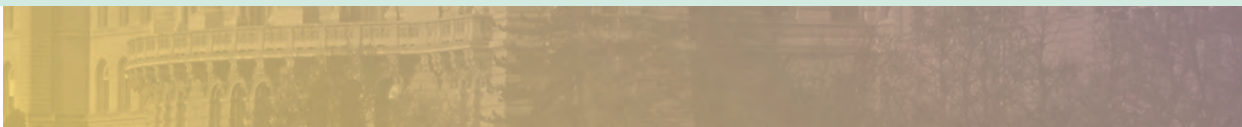
Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun Svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

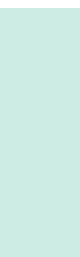
# SICHERHEIT SCHWEIZ



Jahresbericht 2010  
des Nachrichtendienstes des Bundes



**Sicherheit Schweiz**  
**2010**





# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	<b>5</b>
<b>Umfassende Bedrohungsbeurteilung</b>	<b>9</b>
<b>1. Terrorismus</b>	<b>21</b>
1.1 Dschihadismus weltweit	22
1.2 Dschihadismus in der Schweiz	31
1.3 PKK	35
1.4 LTTE und ihre Nachfolger	38
1.5 Terrorismusfinanzierung	42
<b>2. Gewaltextremismus</b>	<b>47</b>
2.1 Rechtsextremismus	48
2.2 Linksextremismus	54
2.3 Tierrechtsextremismus	60
<b>3. Proliferation</b>	<b>65</b>
<b>4. Verbotener Nachrichtendienst</b>	<b>73</b>
<b>5. Angriffe auf Schweizer Informationsinfrastrukturen</b>	<b>79</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	<b>87</b>



# Vorwort

## Erstes Jahr als Bundesamt

Der Nachrichtendienst des Bundes NDB blickt auf sein erstes Jahr als Bundesamt zurück.

Die Welt ist in Bewegung, Europa stark davon betroffen: Der vorliegende Bericht zeigt auf, dass die Sicherheitslage der Schweiz zwar weiterhin nicht besorgniserregend ist. Es finden aber zahlreiche Entwicklungen statt, die eine aufmerksame Beobachtung und Analyse erfordern. So erwiesen sich manche Einschätzungen des NDB als zutreffend, wie zum Beispiel in den Bereichen des Linksextremismus oder bezüglich Libyens. Andere Entwicklungen sind nur schwer oder gar nicht voraussehbar. Das zeigt sich an den Umwälzungen, wie wir sie im nordafrikanischen und arabischen Raum erleben. Solche Entwicklungen kann ein Nachrichtendienst in Form von Szenarien, meist aber nicht als sichere Prognosen behandeln. Die Art der möglichen Entwicklung ist, wie bei Naturereignissen, beschreibbar, nicht aber, wann und wo genau diese eintreten wird. Zur Sensibilisierung für solche Ereignisse sind Politik und Sicherheitsorgane auf einen funktionierenden Nachrichtendienst angewiesen: Die Fähigkeit zur Darstellung der umfassenden Bedrohungslage ist wichtiger denn je.

Der Bundesrat hat dem NDB in der Berichtsperiode den Grundauftrag erteilt, der dessen Kernarbeitsgebiete im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben festlegt. Auch damit ist die Führung, aber auch gezielte Nutzung der Fähigkeiten des NDB gestärkt worden.

Das Jahr 2010 hat zum einen in der Übergangsphase erfreuliche Resultate in der Kontinuität der Aufgabenerfüllung gebracht. Zum anderen zeigte die Geschäftsprüfungsdelegation der eidgenössischen Räte auch Altlasten der Datenbewirtschaftung im Bereich Staatsschutz auf.

Bundesrat, VBS und NDB haben Massnahmen ergriffen, um die Probleme zu lösen und den rechtlich korrekten Zustand herzustellen. So kamen erstmals neu geschaffene automatische Datenlöschprogramme zum Einsatz, die den Bestand an Personendaten im Informationssystem Innere Sicherheit von über 210'000 auf unter 90'000 reduzierten. Zudem verschärfte der NDB die Melde- und Erfassungskriterien. Es werden befristet zusätzliche personelle Mittel eingesetzt, um die verbleibenden Pendenzen bis Ende 2012 abzubauen und gleichzeitig die täglichen operativen Geschäfte seriös und im Interesse der Sicherheit der Schweizer Bevölkerung weiterführen zu können.

Der Rohstoff, mit dem der Nachrichtendienst arbeitet, ist die Information. Es sind Daten, die beschafft, verknüpft, bewertet und eben auch angemessen aufbewahrt werden müssen. Einzelnen Experten mag der grosse substanzielle Abbau von Personendaten im Informationssystem Innere Sicherheit angesichts aktueller Lageentwicklungen gewagt scheinen. Indessen gilt es, die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten und den Akzent vor allem auf die Qualität zu setzen. In diesem Sinn muss der Wissensverlust durch die Datenlöschungen verkraftbar sein.

Damit sind wir auf dem gesetzlich und politisch vorgegebenen Kurs. Ich bin zuversichtlich, dass auch in der Schweiz sich die Einsicht noch verstärken wird, dass das Früherkennen von strategisch relevanten Entwicklungen und von Bedrohungen zu den Kernaufgaben des Staates gehört. Hierzu und für die operative Bewältigung von sicherheitspolitischen Ereignissen braucht auch die Schweiz das geeignete Instrument in Form eines leistungsfähigen, demokratisch kontrollierten Nachrichtendienstes.

Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport VBS



Ueli Maurer  
Bundesrat







# Umfassende Bedrohungsbeurteilung

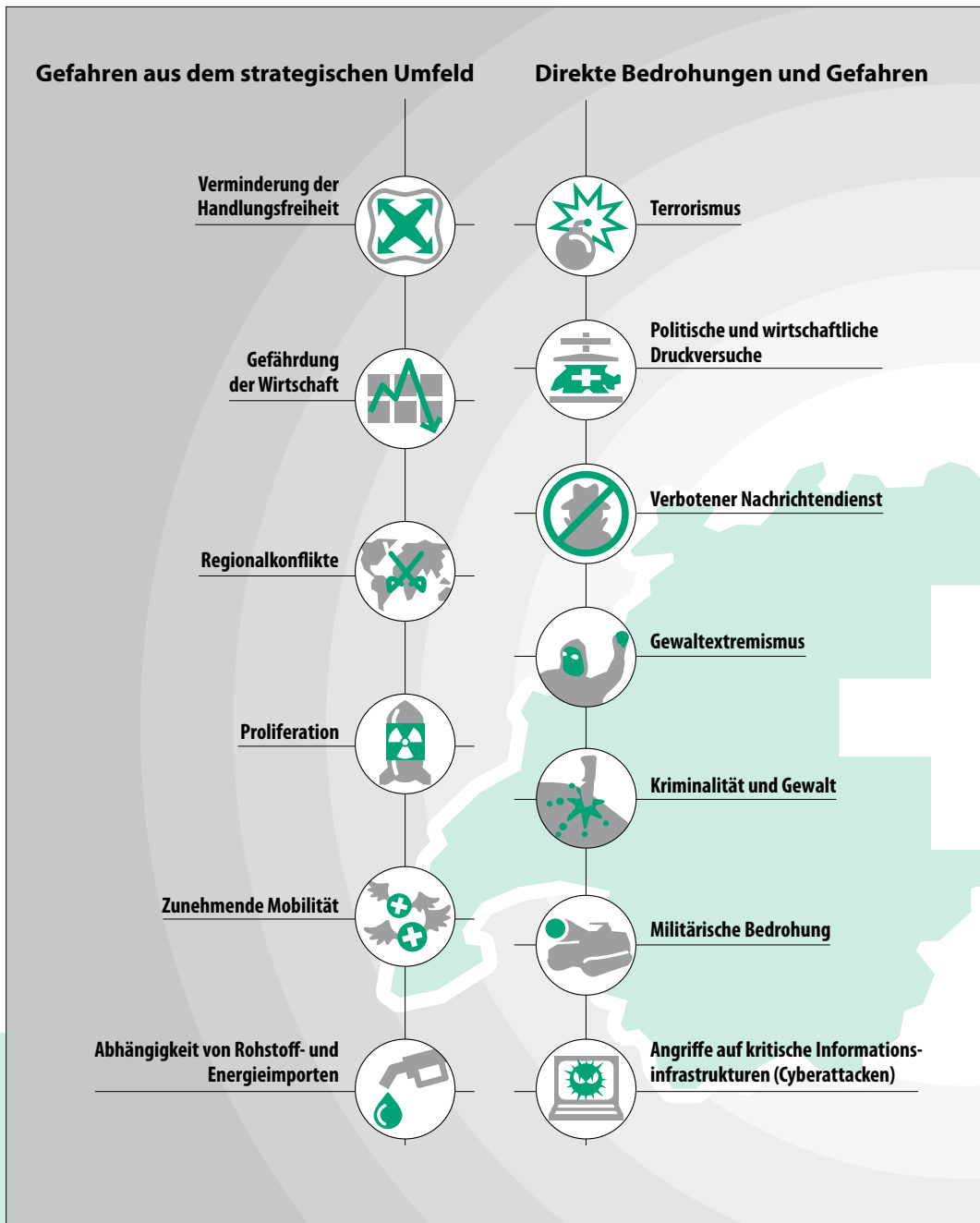
## Einleitung

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) sorgt für eine „umfassende Beurteilung der Bedrohungslage“ (Art. 3 Abs. 1 Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes, ZNDG). Diese soll sowohl die relevanten Bedrohungen von aussen als auch diejenigen im Inneren der Schweiz umfassen.

Der NDB legt der Öffentlichkeit in diesem Sinn jährlich eine Gesamtbeurteilung vor. Diese beschränkt sich nicht auf den engeren Bereich der Sicherheitspolitik, sondern umfasst auch andere Bedrohungen, die der Schweiz bedeutenden Schaden zufügen können. Negative Entwicklungen in der Wirtschaft gehören damit ebenso zum Katalog der Bedrohungen wie schädliche Folgen der Interessenpolitik anderer Staaten. Damit will der Nachrichtendienst keine neuen Zuständigkeiten für sich postulieren. Er ist sich bewusst, dass die Beurteilung dieser Phänomene nur in Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen vorgenommen werden kann.

Generell hat sich seit der letzten Berichterstattung des NDB die Bedrohungslage in einzelnen Aspekten verändert: Es waren aber keine Ereignisse oder Trends zu verzeichnen, die in der Schweiz und in ihrem strategischen Umfeld zu grösseren Verschiebungen geführt haben. Die Schweiz befindet sich langfristig gesehen noch immer in einer sehr stabilen und ruhigen Situation. Die festgestellten Bedrohungen und Gefahren sind zwar real, sie können aber nur unter bestimmten Bedingungen staatsbedrohende Ausmasse annehmen. Trotzdem ist es unabdingbar, diese Bedrohungen vorausschauend anzugehen, auch um zu verhindern, dass sie sich gegenseitig verstärken und unkontrollierbar werden.

Die aktuelle Bedrohungsbeurteilung berücksichtigt die Lageentwicklung bis zum Redaktionsschluss Mitte Februar 2011 und stellt eine Weiterentwicklung der im Juni 2010 erstmals präsentierten umfassenden Bedrohungsbeurteilung dar. Auf der Basis der letztjährigen Bedrohungsbeurteilung werden die wichtigsten Veränderungen aufgezeigt. Ein Exkurs (Redaktionsschluss Ende März 2011) geht auf die Entwicklungen im arabischen Raum ein, die Ende 2010 ihren Anfang nahmen und die grössere Auswirkungen auf die Sicherheit der Schweiz haben könnten.



## Gefahren aus dem strategischen Umfeld



Die **Verminderung der Handlungsfreiheit** der Schweiz in Bezug auf das geopolitische Umfeld ist eine reale Gefahr und hat langfristig strategisches Schadenspotenzial.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresbericht. Die neuen geoökonomischen und geopolitischen Schwergewichte relativieren die traditionell starke Stellung der Schweiz als Wirtschafts- und Finanzstandort und schränken ihre politische Handlungsfreiheit vor allem in Bezug auf das engere Umfeld ein.



Die Folgen der aktuellen **Weltwirtschaftskrise** können den Zusammenhalt in der Gesellschaft beeinträchtigen.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresbericht. Grosse Haushaltsdefizite und finanzielle Schwierigkeiten auch in Ländern im engeren Umfeld der Schweiz werden das internationale Finanzsystem weiter belasten. In der EU finden derzeit weitreichende Diskussionen statt, wie der Stützmechanismus European Financial Stability Facility (EFSF) im Hinblick auf mögliche weitere Krisen gestärkt werden kann.



**Regionalkonflikte** und der Zerfall staatlicher Strukturen können in mehreren Bereichen wie Migration, Terrorismus oder Proliferation vielfältige Auswirkungen auf die Schweiz haben.

Die Aussage hat mit den Umwälzungen im arabischen Raum gegenüber dem Vorjahresbericht noch an Aktualität gewonnen. Zu den Entwicklungen im arabischen Raum siehe den Exkurs auf den Seiten 18 und 19.



**Proliferationstätigkeiten** – auch in der Schweiz – können sich künftig in Form von Massenvernichtungswaffen und weitreichenden Trägersystemen direkt gegen die Schweiz richten.

Iran bleibt aus heutiger Sicht weiterhin das einzige Land, das in den nächsten Jahren neu über Trägersysteme verfügen dürfte, welche die Schweiz erreichen könnten.



**Proliferationsaktivitäten**, aber auch die Umtriebe von terroristischen oder kriminellen Organisationen und fremden Nachrichtendiensten in der Schweiz gefährden den Werk- und Finanzplatz und setzen die Schweiz zusätzlich internationalem Druck aus.

Die Konflikte um die Nuklearprogramme Irans und Nordkoreas halten an. Iran führt die Anreicherung von Uran gegen den Willen des Sicherheitsrates der UNO fort. In Nordkorea wurde Ende 2010 eine neue Urananreicherungsanlage bekannt.

Der Bundesrat beschloss am 19. Januar 2011, die Sanktionsmassnahmen gegenüber Iran dem über die UNO-Sanktionen hinausgehenden Niveau der wichtigsten Handelspartner der Schweiz anzupassen. Mit dem Beschluss des Bundesrates werden Ausweichbewegungen verhindert und wird gleichzeitig die Rechtssicherheit für international tätige Schweizer Unternehmen erhöht. Proliferationsgeschäfte können nicht zuletzt auch exemplarisch verwendet werden, um gegen die Standortvorteile des Werkplatzes Schweiz vorzugehen, sollte dies von Drittstaaten beabsichtigt werden. Gerade in Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise kann es attraktiv erscheinen, mit der Begründung nationaler Sicherheitsinteressen Handelshemmnisse zum Nachteil der Schweiz einzuführen. Die Proliferationsproblematik stellt in diesem Sinne ein Risiko für den Handels- und Industriestandort dar. Im Fall Iran konnte durch den genannten Bundesratsbeschluss dieses Risiko zumindest vermindert werden.



Als Folge der **zunehmenden Mobilität** sind immer mehr Schweizer im Ausland Gefährdungen durch Attentate, Entführungen, Unruhen oder Naturkatastrophen ausgesetzt.

Der noch nicht abgeschlossene Machttransfer zwischen alter und neuer Regierung an der Elfenbeinküste und die aktuellen Umwälzungen im arabischen Raum stehen aktuell im Vordergrund. Grössere Evakuierungen von Schweizerinnen und Schweizern aus diesen Gebieten mussten bisher nicht vorgenommen werden. Für Ägypten empfahl das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) allerdings Ende Januar die zeitweilige Ausreise; es kam zu Übergriffen auch auf Schweizer Journalisten. Weiterhin besteht ein grosses Entführungsrisiko in der Sahelzone.



Die **Abhängigkeit von Rohstoff- und Energieimporten** macht die Schweiz anfällig für Druckversuche durch die Interessenpolitik anderer Staaten.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresbericht. Die laufende Entwicklung in der Arabischen Welt hat bisher bei den Energieimporten zwar zu Preissteigerungen, nicht aber zu Lieferengpässen geführt. Dies könnte sich ändern, falls die Stabilität am Persischen Golf gefährdet wird.

## Direkte Bedrohungen und Gefahren



Die Bedrohung durch den **Terrorismus** ist heute nicht staatsgefährdend. Ein Anschlag in der Schweiz ist möglich, allfällige Überreaktionen darauf könnten das längerfristige Schadensausmass allerdings stärker bestimmen als der Anschlag selber. Ein erfolgreicher Einsatz von Massenvernichtungswaffen bleibt unwahrscheinlich.

2010 wurden gehäuft Terrorwarnungen in Europa ausgesprochen, zum Teil kombiniert mit einer Erhöhung der Terrorwarnstufe und einem verstärkten Einsatz von Sicherheitskräften. Diese in der Regel vage gehaltenen Warnungen lösten jeweils ein hohes Medienecho aus, dürften aber zumindest teilweise auch innenpolitisch motiviert gewesen sein.

Die Schweiz wurde im Rahmen der Anschlagsdrohungen nicht als Zielland genannt, und es ergab sich aus dem nachrichtendienstlichen Aufkommen kein Hinweis, dass die Schweiz von allfälligen Terrorakten direkt betroffen sein könnte. Von Anschlägen im Ausland können aber auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger oder Schweizer Interessen betroffen werden.



**Politische und wirtschaftliche Druckversuche** aus dem Ausland sind Teil staatlicher Interessenpolitik. Sie können die Handlungsfreiheit der Schweizer Behörden einschränken und den nationalen Interessen schaden.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresbericht. Der Druck auf das Schweizer Steuersystem hält an.



Der **verbotene Nachrichtendienst** untergräbt die Souveränität des Staates. Die Wirtschaftsspionage kann aber auch die Konkurrenzfähigkeit von in der Schweiz angesiedelten Unternehmen schwächen und den Finanz- und Werkplatz gefährden.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresbericht; die Bedrohung ist anhaltend hoch. Dies zeigt auch die Kontroverse um die mutmasslich durch einen Angestellten der amerikanischen Regierung gestohlenen und von WikiLeaks publizierten Dokumente aus dem amerikanischen Aussenministerium auf. Präventions- und Schutzmassnahmen im Bereich der Informations- und Informatiksicherheit, aber auch die klassische Vorsorge gegen verbotenen Nachrichtendienst bleiben damit wichtig.



Der **Gewaltextremismus** in der Schweiz führt zu lokalen Sicherheitsproblemen und gefährdet insbesondere im Bereich des gewalttätigen Links- und Rechtsextremismus die öffentliche Ruhe und Ordnung.

2010 stand vor allem der Linksextremismus im Fokus. Dabei kommt drei im April 2010 verhafteten Linksextremen, die mutmasslich einen Anschlag gegen die IBM in Rüschlikon ZH geplant hatten, besondere Bedeutung zu.

Höhepunkte erreichten linksextreme Solidaritätsaktionen mit den Paketbombschlägen gegen verschiedene Botschaften in Athen (Griechenland) und Rom (Italien), darunter jeweils auch die schweizerische. Zu den Anschlägen bekannten sich lokale anarchistische Gruppierungen und gaben an, unter anderem aus Solidarität mit den im Zusammenhang mit dem Anschlagversuch auf die Firma IBM in der Schweiz Inhaftierten gehandelt zu haben.

Eine neue Qualität erlangten die Anschläge und Aktionen im Zusammenhang mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative am 28. November 2010. So entwendeten Vermummte eine Wahlurne und setzten sie in Brand, und ein Abstimmungslokal wurde Ziel eines Brandanschlags. Wie bei den Aktionen gegen die Ausschaffungsinitiative war die Schweizerische Volkspartei (SVP) mehrmals im Visier von Linksextremen. So protestierten gegen hundert mehrheitlich linksautonome Personen am 21. Januar 2011 unbewilligt gegen die Albisgütli-Tagung der SVP. Während den auf die Auflösung der Kundgebung folgenden Ausschreitungen wurde ein Nationalrat tötlich angegriffen und verletzt.



**Kriminalität und Gewalt** nehmen in der Schweiz kein staatsgefährdendes Ausmass an. Die organisierte Kriminalität könnte strategische Bedeutung erlangen.

Keine Trendänderung gegenüber dem Vorjahresbericht. Die folgende aktuelle Beurteilung der organisierten Kriminalität in der Schweiz stammt im Wesentlichen vom Bundesamt für Polizei (fedpol), das für die Analyse dieser Bedrohungsform zuständig ist.

Bei den italienischen kriminellen Organisationen hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass sie in der Schweiz präsent sind. Dies ist auf die geografische Nähe, die grosse italienische Bevölkerungsgruppe in der Schweiz und auch auf die Stärke des Schweizer Finanzplatzes zurückzuführen. Italienische kriminelle Organisationen sind in Drogenhandel, Waffenhandel und Geldwäscherei involviert. Gerade die 'Ndrangheta wird in Italien als Organisation mit grossem Infiltrierungspotenzial in Wirtschaft und Politik bezeichnet. Dieses nutzt sie gegenwärtig, um ihre Aktivitäten in anderen westeuropäischen Ländern auszuweiten.

Eine wichtige Rolle für die Entwicklung der Kriminalität in der Schweiz spielen kriminelle Gruppen aus Südosteuropa. Sie sind insbesondere im Betäubungsmittelhandel aktiv, wo sie seit zwei Jahrzehnten den Heroinmarkt dominieren. Sie treten aber auch mit Eigentumsdelikten und im Menschenhandel und -handel in Erscheinung.

Georgische Einbrecherbanden sind in der Schweiz und in zahlreichen anderen europäischen Ländern seit mehreren Jahren aktiv.



Meist stellen ihre Mitglieder nach illegaler Einreise ein Asylgesuch und begehen vorwiegend Eigentumsdelikte. Ein Teil der Erlöse fliesst in die Kassen der kriminellen Welt in den Nachgestaaten der Sowjetunion.

Gruppen aus Westafrika machen sich in erster Linie im Schweizer Kokainmarkt bemerkbar. Westafrikanische Netzwerke sind in der Lage, grosse Mengen Kokain direkt in Südamerika zu organisieren und in ganz Europa zu verkaufen. Nach neusten Schätzungen von fedpol generiert der Kokainhandel in der Schweiz jährlich einen Umsatz zwischen 369 und 520 Millionen Franken. Die in die Herkunftsregionen zurückgeführten Gewinne korrumpieren dort die staatlichen Strukturen und die reguläre Wirtschaft.

Die erwähnten Beispiele zeigen, dass die Schweiz den kriminellen Organisationen nicht nur als Rückzugsraum oder Finanzierungsbasis, sondern auch als Operationsfeld dient. Dabei entsteht eine direkte Bedrohung in Form von Basiskriminalität und bei Auseinandersetzungen unter Gruppen, die um die illegalen Märkte konkurrieren. Ebenfalls eine direkte Bedrohung sind die hier in der Schweiz generierten, gewaschenen und investierten Gelder für den guten Ruf des Finanzplatzes. Eher indirekt tragen die Gewinne krimineller Organisationen dazu bei, dass sich die teilweise ungünstigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen in den Herkunftsregionen zumindest nicht bessern. Dies führt zu einem Teufelskreis mit lukrativen Betätigungsfeldern und Investitionsmöglichkeiten für Kriminelle auf der einen und einem grossen Reservoir zur Rekrutierung von Nachwuchs in den Herkunftsregionen auf der anderen Seite.



### Die Schweiz ist derzeit militärisch nicht bedroht.

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahresbericht. Ein Krieg in Europa, bei dem auch Schweizer Territorium berührt würde, ist bis auf Weiteres unwahrscheinlich. Dagegen kann sich eine Bedrohung aus entfernteren Regionen durch Massenvernichtungswaffen und weitreichende Trägersysteme bereits mittelfristig entwickeln.



### Angriffe auf kritische Informationsinfrastrukturen (Cyberattacken) können andere Bedrohungsformen verstärken und potenziell systemgefährdende Ausmasse annehmen.

Am Beispiel des Computerwurms Stuxnet ist in den Medien im Jahr 2010 eine Problematik breit behandelt worden, die in Fachkreisen schon seit geraumer Zeit diskutiert wird. Die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (MELANI) weist seit 2005 in ihren Halbjahresberichten immer wieder auf diese Bedrohung hin. Es geht dabei darum, dass über manipulierte Informatikprogramme, sogenannte Schadsoftware, nicht nur Computer, sondern auch ganze industrielle Steuerungen und damit unter Umständen auch lebenswichtige Prozesse und Abläufe manipuliert werden können.

Im Juni 2010 informierte MELANI die Informatiksicherheitsbeauftragten der Bundesverwaltung und die Betreiber kritischer Infrastrukturen über eine neu entdeckte Schadsoftware

namens Stuxnet, die auf die Manipulation sogenannter Prozessleitsysteme abzielte. Die Resultate der technischen Abklärungen (hohe Komplexität, Einsatz von sehr viel Know-how im Bereich Sicherheit) legen die Vermutung nahe, dass ein staatlicher Urheber hinter Stuxnet steht. In den Fokus der Untersuchungen kamen auch mehrere Atomanlagen in Iran, die möglicherweise mit Stuxnet infiziert wurden. Ein iranischer Regierungssprecher bestätigte einen Angriff auf Kontrollsysteme in Industrieanlagen des Landes und sprach von rund 30'000 infizierten Rechnern.

MELANI steht seit Bekanntwerden von Stuxnet im Juni 2010 mit den Betreibern kritischer Infrastrukturen in Kontakt, um einschlägige Erkenntnisse und Sicherheitsanweisungen auszutauschen. Infektionen wurden bis anhin von Betreibern kritischer Infrastrukturen in der Schweiz nicht gemeldet. Es ist davon auszugehen, dass sich ähnliche Angriffe in Zukunft häufiger ereignen werden und auch die Schweiz betreffen könnten.

Im Zusammenhang mit Bedrohungen der Schweiz durch Angriffe aus dem Cyberspace hat der Bundesrat am 10. Dezember 2010 eine Aussprache geführt und entschieden, Schutzmassnahmen gegen solche Angriffe auf die Schweiz zu verstärken. Eine Expertengruppe, in der auch der NDB vertreten ist, soll bis Ende 2011 eine gesamtheitliche Strategie des Bundes gegen Cyberbedrohungen ausarbeiten.

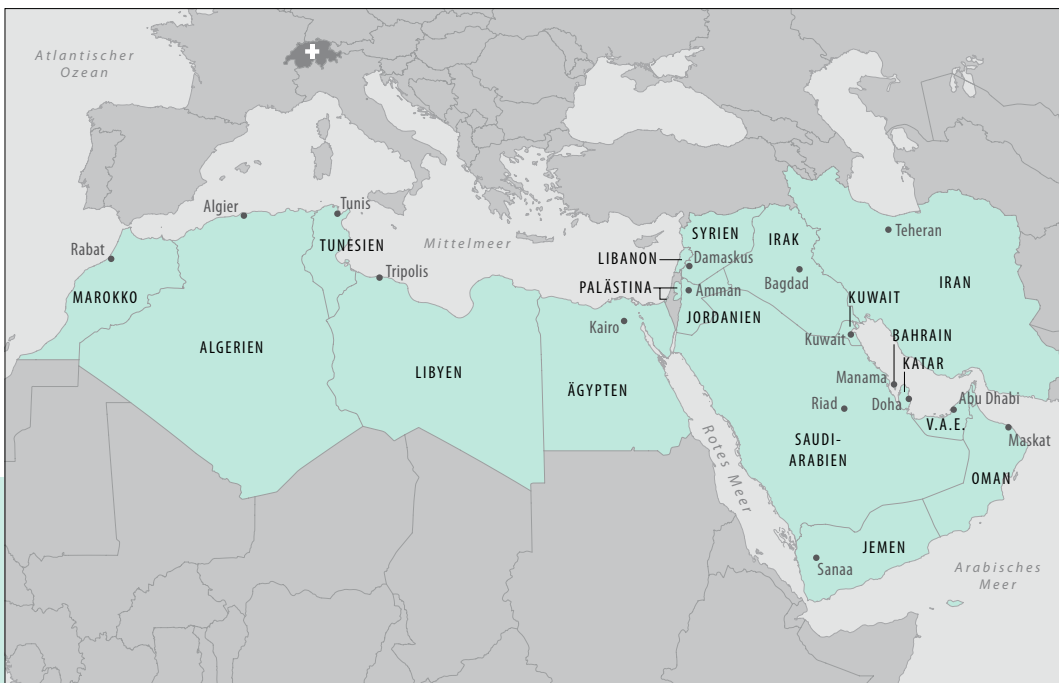
Beinahe alle diese Bedrohungen und Gefahren für die Schweiz und ihre Interessen fordern auch den Nachrichtendienst. Er steht entweder direkt oder subsidiär in der Verantwortung, zu ihrer Bekämpfung beizutragen. Die Herausforderungen für den Nachrichtendienst sind klar: Es gilt, zusammen mit den Partnern bei Bund und Kantonen sowie im Ausland neue Bedrohungen rechtzeitig zu erkennen respektive die immer komplexere Gefahrenlandschaft genügend aufzuklären, das Erkannte zu beurteilen und gemeinsam mit den Partnern die nötigen Schritte zur Bekämpfung und Verhinderung zu unternehmen. Neben der Bedrohung angemessenen Fähigkeiten, Mitteln und Ressourcen sind hierzu auch die Aufmerksamkeit der Politik und der Bevölkerung für diese Belange wichtig. ■

## Exkurs Arabische Welt – 2011

In der arabischen Welt ist seit Januar eine Protestwelle im Gang, die alle Staaten dieser Region in der einen oder anderen Weise erfasst hat. Dabei wurden zwei Regime gestürzt (Tunesien und Ägypten) und in einem Fall (Libyen) hat die Auseinandersetzung zwischen dem Regime und der Opposition zu einer internationalen Militäroperation zum Schutz der Zivilbevölkerung geführt. Der epochale Umbruch, der sich gegenwärtig in der arabischen Welt vollzieht, ist noch nicht abgeschlossen. Eine umfassende Beurteilung der mittel- und langfristigen Auswirkungen, einschliesslich der diesbezüglichen Konsequenzen für die Schweiz, ist daher noch nicht möglich. Die Schweiz ist aufgrund ihrer Interessen von diesem Umbruch nicht nur betroffen, sondern auch gefordert – sowohl kurz- als auch mittel- und langfristig.

Erste Sofortmassnahmen in den Bereichen humanitäre Hilfe, Entwicklungshilfe und Unterstützung für den Übergangsprozess sind eingeleitet worden. Eine längerfristige strategische Perspektive darf davon ausgehen, dass sich für die Schweiz neue Chancen entwickeln können. Ein mögliches Aktionsfeld für die Schweiz, allenfalls auch im Verbund mit anderen, ist der Bereich der Gesellschaftsbildung unter demokratischen Vorzeichen.

Gleichzeitig muss aber auch in Betracht gezogen werden, dass langfristig zahlreiche und erhebliche Risiken fortbestehen werden. Diese betreffen die ungünstigen wirtschaftlichen und demografischen Rahmenbedingungen, Probleme der innerstaatlichen Sicherheit sowie fortwährende Regionalkonflikte, insbesondere zwischen Israel und der arabischen Welt sowie in der Region des Persischen Golfes. Daraus abzuleiten sind konkrete Gefährdungen auch von Schweizer Interessen durch Migrationsdruck, terroristische Aktivitäten, unsichere Energieversorgung, Potentatengelder, organisierte Kriminalität u. a. m.





# 1. Terrorismus

## 1.1 Dschihadismus weltweit

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

---

- 23. Februar** Eine Gruppe der al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) liess eine französische Geisel frei. Diese war am 26. November 2009 in Menaka in Mali entführt worden.
- 1. Mai** Faisal Shahzad, ein amerikanischer Bürger pakistanischer Herkunft, versuchte vergeblich einen Bombenanschlag auf dem Times Square in New York (USA).
- 21. Mai** Mustafa Abu al-Yazid alias Scheich Said al-Masri, die Nummer Drei der Kern-al-Qaida, wurde bei einem amerikanischen Luftangriff auf das Dorf Mohammed Khel in Nordwaziristan (Pakistan) getötet.
- 27. Juni** Ein Bombenanschlag radikaler Islamisten auf einen Polizeiposten in Bugojno (Bosnien und Herzegowina) forderte einen Toten und sieben Verletzte.
- 24./25. Juni** Während der Nacht wurde in Beni Aissi in der Kabylei (Algerien) ein Selbstmordattentat gegen die Gendarmerie verübt. Der Angriff kostete einen Wärter das Leben, acht Polizisten wurden verletzt.
- 25. Juli** Die AQIM gab den Tod einer französischen Geisel bekannt. Sie hatte den Mann ermordet, nachdem im Rahmen einer grösseren Offensive am 22. Juli ein gemeinsamer Befreiungsversuch der mauretanischen und französischen Armee gescheitert war. Dabei waren sieben Dschihadisten getötet worden.
- 23. August** Eine Gruppe der AQIM in Mali liess zwei spanische Geiseln frei. Die dritte der am 29. November 2009 im Norden Mauretaniens entführten Personen, eine spanische Bürgerin, war bereits am 10. März freigelassen worden.

- 15./16. September** Während der Nacht wurden fünf französische Bürger, unter ihnen ein Ehepaar, in Arlit (Niger) von einem Kommando der AQIM in den Norden Malis verschleppt. Die Entführten arbeiteten für den französischen Atomkonzern Areva sowie für die Firma Satom.
- 29. Oktober** Zwei Paketbomben mit Absendern aus dem Jemen wurden am East Midlands Airport (Grossbritannien) und am Flughafen von Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) sichergestellt. Die Sprengsätze waren funktionstüchtig.
- 11. Dezember** In der Innenstadt von Stockholm sprengte sich ein Selbstmordattentäter, ein Schwede irakischer Herkunft, in die Luft. Kurz zuvor war in der Nähe sein Wagen explodiert, wobei Passanten verletzt wurden.



Internetpropaganda der al-Qaida:  
Spezialausgabe des Magazins  
„Inspire“ zu den Paketbomben  
von Ende Oktober



## LAGE

### Angebliche Anschlagpläne gegen Ziele in Europa

Im September wurde in den Medien berichtet, amerikanische Nachrichtendienste hätten Terroranschläge auf Ziele in Grossbritannien, Frankreich und Deutschland vereitelt. Die Anschläge seien in Pakistan geplant worden, und die Ziele hätten gleichzeitig getroffen werden sollen. Die Anschlagpläne sollen von einem ranghohen Mitglied der al-Qaida initiiert und von Osama Bin Laden finanziell unterstützt worden sein. Amerikanische Drohnenangriffe auf Ziele in Waziristan (Pakistan) hätten diese jedoch zumindest gestört. In der Folge mahnten die USA ihre Bürgerinnen und Bürger bei Reisen nach Europa zur Vorsicht; Grossbritannien und Japan verschärfen ihre Reisehinweise für Frankreich und Deutschland.

Im Falle der Terrorwarnungen für Deutschland im Herbst 2010 befürchteten die zuständigen Behörden namentlich Sprengstoffanschläge. Ziel sollte eine Menschenmenge in einer grossen Stadt sein. Der Sprengstoff sollte mittels Fernzündung zur Explosion gebracht werden. Befürchtet wurde auch ein den Anschlägen von Mumbai im November 2008 analoges Szenario, bei dem lange dauernde Geisel-

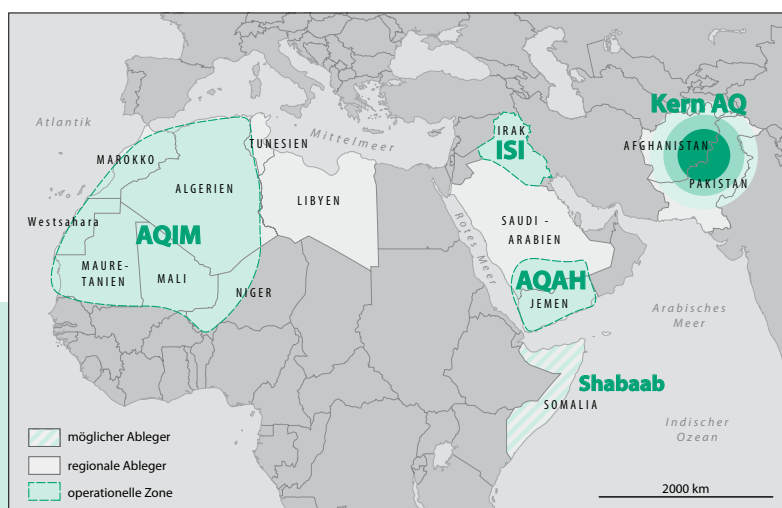
nahmen und der Einsatz von Schusswaffen für hohe Opferzahlen sorgen sollten. In Frankreich wiederum wurden auf vermehrte Terrorhinweise – teilweise mit Bezug zur AQIM – hin die Sicherheitsmassnahmen speziell für die Hauptstadt verstärkt.

Weder in Deutschland noch in Frankreich gab es in der Folge dschihadistische Terroranschläge.

### Kern-al-Qaida

Die Kern-al-Qaida musste auch im Jahr 2010 erhebliche Rückschläge hinnehmen. Mehrere ihrer Führungspersonen wurden durch amerikanische Luftschläge getötet, und die pakistanische Militäroffensive in den Stammesgebieten setzte ihr zu. Dabei verringerten sich auch ihre Möglichkeiten, Geld zu beschaffen und Mitglieder zu rekrutieren.

Der übriggebliebene Kern war vor allem in Pakistan tätig und arbeitete dort mit lokalen Gruppierungen zusammen. Diese lokalen Gruppierungen kooperieren eng untereinander und haben mittlerweile oft auch eine globale Agenda. Daraus ergibt sich ein Netzwerk, das die personellen Verluste und die operationellen Fähigkeiten der Kern-al-Qaida teilweise aufwiegt. Eine der aktivsten dieser Gruppierungen



Übersicht über die Operationsgebiete und Ableger der al-Qaida (keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr)

ist die Therik-e Taliban Pakistan (TTP), die Dachorganisation der pakistanischen Taliban. Sie bekannte sich zum Anschlagversuch auf den New Yorker Times Square. Der Attentäter, Faisal Shahzad, soll in einem ihrer Trainings-camps ausgebildet worden sein.

Die Kern-al-Qaida hat im Bereich Propaganda weiterhin die dominierende Rolle und führt den weltweiten Dschihad ideologisch an. Den medialen Dschihad trieb sie auch 2010 mit diversen Produktionen an. Die Kern-al-Qaida wird jedoch zunehmend von der Propagandaproduktion anderer Gruppierungen wie der al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH) oder der AQIM herausgefordert.

#### **AQAH**

Die AQAH bekannte sich zum Anschlagversuch mit den zwei Ende Oktober in Grossbritannien und Dubai sichergestellten Paketbomben. Auf beiden Paketen war ein Absender in Jemen vermerkt, beide wurden durch private Paketpostdienste befördert und waren an Empfänger in Chicago adressiert. Beide Paketbomben durchliefen nach unbestätigten Hinweisen in Sanaa (Jemen) eine Sicherheitskontrolle. Die erste Paketbombe wurde durch UPS in einem Passagierflugzeug nach Dubai und weiter in einem Frachtflugzeug via Köln nach East Midlands Airport verschickt, wo sie abgefangen wurde. Die zweite Paketbombe wurde durch FedEx in einem Passagierflugzeug via Doha nach Dubai geflogen, bevor sie dort entdeckt wurde. Beide Sicherstellungen erfolgten aufgrund nachrichtendienstlicher Hinweise.

Die Sprengsätze waren von identischer Bauart und jeweils in einem Laserdrucker versteckt,

der sich in einem 16 Kilogramm schweren Paket neben einem Laptop, Ladegerät, Kleidern, Büchern usw. befand. Analysen der Sprengsätze ergaben, dass sie funktionstüchtig und mit ihrer Hauptladung (400 Gramm Nitropenta, PETN) gross genug waren, um ein Flugzeug kritisch zu beschädigen.

#### **AQIM**

Die algerischen Sicherheitskräfte setzten 2010 die im traditionellen Operationsgebiet der algerischen Dschihadisten, dem nordalgerischen Untergrund, verbleibenden Gruppen der AQIM weiter unter Druck. Den Gruppen der AQIM blieb einzig in der Kabylei und im Aurès-Gebirge ein gewisser Spielraum. In diesen armen und gebirgigen Landstrichen finden gegen die Zentralmacht revoltierende Gruppen traditionellerweise Unterstützung. Alle drei Selbstmordattentate 2010 fanden in der Kabylei statt. Sie richteten sich ausschliesslich gegen die Sicherheitskräfte, die das Hauptziel der Guerillakriegsführung in dieser Region sind.

Im restlichen Algerien befanden sich die Gruppen der AQIM in der Defensive und führten nur sporadisch kleine Aktionen durch. Angelehnt an die Beispiele im Irak und in Afghanistan griffen sie Vertreter der Staatsmacht an oder lockten Sicherheitskräfte in einen Hinterhalt. Grosse Militäroperationen können sie nicht mehr durchführen und gewichtigere Selbstmordanschläge wie zum Beispiel solche gegen europäische Interessen nur noch eingeschränkt.

Die Führung der AQIM konnte 2010 weder kurz- noch mittelfristig damit rechnen, dass es ihr gelingt, im Maghreb, insbesondere in Ma-

rokko, Tunesien oder Libyen, neue Schauplätze des Dschihad zu eröffnen oder in Europa operative oder unterstützende Netzwerke zu schaffen. Sie konzentrierte sich auf Propaganda, die sie via Internet verbreitete und die auch von arabischen Satellitensendern wie Al-Dschasira ausgestrahlt wurde.

Die Gruppen der AQIM in der Sahara und in der Sahelzone führten im Gegensatz dazu ihre Operationen in Mauretanien, Niger und Mali weiter. Sie wurden dabei dreister, weil sie sozial und wirtschaftlich in der Region und insbesondere in Mali immer tiefer verwurzelt sind. Die Staatsmacht ist hier so schwach, dass sie den Gruppen der AQIM Bewegungsfreiheit und Spielraum für allerlei illegale Aktivitäten zugestehen muss. Immerhin konnten 2010 auch erste Anzeichen festgestellt werden, dass sich insbesondere die mauretanischen und nigrischen Behörden bewusst werden, welches Problem die Gruppen der AQIM auf ihrem Gebiet darstellen. Mehrmals versuchten Armeeeinheiten der beiden Länder gegen die Gruppen der AQIM vorzugehen. Diese Anstrengungen führten zu mehreren Zusammenstößen mit Toten auf beiden Seiten. Als Vergeltung führten die Sahelgruppen der AQIM auf nigrischem respektive mauretanischem Gebiet zwei Selbstmordanschläge durch, die sich gegen die Streitkräfte richteten. In Niger wurden zweimal europäische Bürger entführt. In Mali erfolgten keine Operationen, da das Land für die Gruppen der AQIM ein Rückzugsraum ist. Von hier aus wurden die Geiselnahmen abgewickelt. Diese Geiselnahmen bestätigten unter anderem, dass sich die Fähigkeiten der Gruppierungen, etwa im Bereich der Kommunikation, verbessern.

Die Operationen in der Sahelzone spielen eine grundlegende Rolle, wenn es um das Überleben der AQIM und die Fortsetzung ihres Dschihad geht. Sie sind der Grund für das Medienecho und machen die Organisation sichtbar. Sie liefern gegenüber der weltweiten dschihadistischen Bewegung den Beleg dafür, dass die AQIM eine internationalistische und nicht bloss algerische Kraft ist. Die am 27. Oktober veröffentlichte Unterstützungsbotschaft von Osama Bin Laden an die Gruppierung belegt die Beachtung, die der AQIM international geschenkt wird. Die Botschaft wurde ihrerseits vom Emir der AQIM, Droukdel, zur Propaganda genutzt. Am 18. November gab dieser bekannt, Verhandlungen über die Freilassung der französischen Geiseln seien mit Bin Laden und zu dessen Bedingungen zu führen (zuvorderst der Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan). Die beiden in Internetforen publizierten und von Al-Dschasira verbreiteten Audiobotschaften belegen keinen direkten Kontakt zwischen Bin Laden und der AQIM.

Die AQIM versucht ausserdem dadurch, dass sie Dschihadisten in Nigeria hauptsächlich ideologische Unterstützung gewährt, regionale Wachstumsfähigkeit zu demonstrieren.

### **Islamismus in Südosteuropa**

Die lokalen Sicherheitsbehörden südosteuropäischer Staaten verfolgen die Aktivitäten von Islamisten aufmerksam. Das Bedrohungspotenzial einzelner radikaler Islamisten wird in einigen der Ursprungsländer als hoch eingeschätzt, da in einigen Fällen eine Radikalisierung hin zum Dschihadismus erkennbar ist. Im Mittelpunkt stehen Personen, die als Takfiris

bezeichnet werden, weil sie sich des Takfirs als Mittel bedienen. Mit einem Takfir erklärt ein Muslim einen anderen zum Ungläubigen respektive zum Apostaten und legitimiert damit dessen Tötung. Der Takfir ist ein wesentliches Element der dschihadistischen Doktrin, bildet er doch eine wichtige Voraussetzung für gewalttätiges beziehungsweise terroristisches Handeln. Sowohl in südosteuropäischen Ländern als auch in den Staaten der Diaspora fallen Personen südosteuropäischer Herkunft auf, die zu losen Netzwerken verbunden sind und sich immer häufiger transnational mit dschihadistischen Gruppierungen vernetzen.

Im bosnischen Dorf Gornja Maoca leben radikale Islamisten. Sie haben sich schrittweise von der Aussenwelt isoliert und leben nach ihren eigenen Regeln. Sie berufen sich auf den Salafismus, richten sich nach der Scharia und unterrichten sowohl Kinder als auch Erwachsene in eigenen Schulen. Sie lehnen die demokratische Ordnung Bosnien und Herzegowinas ab und anerkennen die Autorität des Staates grundsätzlich nicht. Dadurch stehen sie in ständigem Konflikt mit Behörden, religiösen Institutionen und ihren Nachbarn. Während einer Operation anfangs Februar 2010 stellten die Behörden bei ihnen Waffen sowie einen fünfstelligen Euro-Betrag sicher. Sieben Personen wurden verhaftet. Sie wurden nach rund einem Monat unter Auflagen wieder auf freien Fuss gesetzt. Eine Person ausländischer Herkunft wurde wegen illegalem Aufenthalt ausgeschafft. Es wurden keine konkreten Hinweise auf terroristische Aktivitäten oder auf Unterstützung terroristischer Gruppen gefunden.

Im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag in Bugojno Ende Juni verhafteten die bosnischen Sicherheitsbehörden zwei Personen. Diese waren den Behörden wegen Gewaltdelikten, zunehmender Radikalisierung sowie Bezügen zum Takfirismus bereits bekannt. Bei der Verhaftung entdeckte man beim Haupttäter einen weiteren Sprengsatz. Als Motiv für die Tat gab er an, er habe die Verhaftung und die Anklage eines Glaubensbruders wegen Waffenschmuggels rächen wollen.

### **Südosteuropäische Netzwerke in der Diaspora**

2009 war ein Netzwerk von Takfiris äusserst aktiv gewesen und hatte in ganz Europa mehrere Treffen durchgeführt. Es spaltete sich 2010. Die Spaltung wurde von zwei Führungspersonen unterschiedlicher ideologischer und religiöser Ausrichtung vorangetrieben. Zudem ist ein drittes Netzwerk von Takfiris südosteuropäischen Ursprungs in Europa aktiv. Sein Ziel ist es, Personen zu radikalieren und für den bewaffneten Kampf zu rekrutieren.

## BEURTEILUNG

### Keine konkreten Hinweise auf Anschläge in Europa

Die in den Medien verbreiteten Hinweise auf bevorstehende Anschläge gingen hauptsächlich auf die Aussagen eines in Afghanistan inhaftierten deutschen Dschihadisten zurück. Dieser erwähnte zwar unspezifische Anschlagpläne gegen Europa, detaillierte Angaben zu möglichen Zielen machte er jedoch nicht.

Generell war 2010 im Zusammenhang mit möglichen Anschlagplanungen gegen Ziele in Europa ein erhöhtes Nachrichtenaufkommen aus verschiedenen Quellen feststellbar. In der Gesamtheit der vorliegenden nachrichtendienstlichen Informationen liessen sich keine konkreten Hinweise auf unmittelbar bevorstehende Anschläge in Europa erkennen. Der NDB stand in stetem und engem Kontakt mit seinen Partnerdiensten, analysierte die Lage und verzichtete bewusst auf eine Warnung, weil die Drohungen unspezifisch waren: Die Schweiz wurde im Rahmen der Anschlagdrohungen nicht als Zielland genannt, und es ergab sich aus dem nachrichtendienstlichen Aufkommen kein Hinweis, dass die Schweiz von allfälligen Terrorakten direkt betroffen sein könnte. Ebenso fehlten Hinweise auf Vorbereitungs- oder Unterstützungshandlungen oder auf Reisebewegungen mutmasslicher Attentäter in der Schweiz. Von Anschlägen im Ausland können aber auch Schweizer Bürgerinnen und Bürger oder Schweizer Interessen betroffen werden.

Die dschihadistische Bedrohung Europas geht jedoch nicht nur von mit der al-Qaida verbun-

denen Gruppierungen aus. Auch Einzelne können sich durch die von der al-Qaida verbreitete Propaganda inspirieren lassen und versuchen, Anschläge in Europa durchzuführen. Wie das Selbstmordattentat in Stockholm zeigt, lässt sich die Wahrscheinlichkeit von Terroranschlägen durch Einzeltäter kaum einschätzen, geschweige denn sind diese umfassend zu verhindern.

### Kern-al-Qaida

Der Verlust wichtiger Führungspersonen schwächte die Kern-al-Qaida 2010 weiter. Neue Akteure und die enge Zusammenarbeit mit lokalen pakistanischen Gruppierungen machen die Bedrohung durch die Kern-al-Qaida komplexer und diffuser. Die mittlerweile oftmals globale Agenda von nahe an der Kern-al-Qaida operierenden pakistanischen Gruppierungen zeigt, dass zumindest der Wille vorhanden ist, auch in der westlichen Welt einen Anschlag durchzuführen. Dementsprechend scheint es plausibel, dass die TTP den Anschlagversuch auf den Times Square in New York verübt haben. Es wäre dies das erste Mal gewesen, dass diese Gruppierung einen Anschlag ausserhalb Pakistans durchführte.

Die operationell geschwächte Kern-al-Qaida ist hauptsächlich propagandistisch tätig und führt den globalen Dschihad ideologisch weiterhin an. Sie beeinflusst und inspiriert damit nicht nur ihre regionalen Ableger und andere Gruppierungen, sondern auch Einzelpersonen. Solche Einzelpersonen könnten unabhängig von einer Organisation Anschläge verüben.

Das Operationsgebiet der al-Qaida im islamischen Maghreb im Berichtsjahr

Die Schweiz bildet nach wie vor kein explizites Ziel der Kern-al-Qaida, und es bestehen keine Hinweise auf Kontakte zwischen der Kern-al-Qaida und in der Schweiz lebenden Personen.

### AQAH

Die Anschläge der AQAH ausserhalb Jemens misslingen oder wurden durchkreuzt. Trotzdem stellen sie für die AQAH auch einen gewissen Erfolg dar, da sie international in den Medien ein Echo hatten, Erinnerungen an 9/11 wachriefen und damit einhergehend Angst erzeugten. Es muss damit gerechnet werden, dass der Anschlagversuch mit den Paketbomben auch anderen terroristischen Gruppierungen als Vorlage dienen wird, um ähnliche Operationen zu planen und durchzuführen. Die AQAH hat die Fähigkeit, den Willen und die Möglichkeit, Anschläge auf internationaler Ebene durchzuführen. Eine Erhöhung der direkt gegen die Schweiz gerichteten Terrorismusbedrohung ist aufgrund der Anschlagversuche jedoch nicht zu erkennen.

### AQIM

Die Situation in Algerien sowie in der Sahara und der Sahelzone hat keinen direkten Einfluss auf die Bedrohung in Europa und der Schweiz. Trotzdem kann die Internationalisierung des Diskurses der AQIM Bürger der Maghreb-Staaten in Europa, also auch in der Schweiz, inspirieren. Diese könnten versuchen, mit der AQIM in Kontakt zu treten, oder auf eigene Faust gewalttätige Aktionen durchführen, die nicht direkt mit der AQIM oder gar der Kern-al-Qaida zusammenhängen.

In Algerien wurden Schweizer Bürgerinnen und Bürger oder Schweizer Interessen weder von der AQIM angegriffen noch als Ziel bezeichnet. Trotzdem könnten diese in Mitleidenschaft gezogen werden, sofern die AQIM wieder damit beginnt, Anschläge auf ausländische Ziele zu verüben.

Eingedenk der fortgesetzten Entführungen ausländischer Bürgerinnen und Bürger in der Sahara und der Sahelzone könnten Schweizer Touristinnen und Touristen auch künftig Opfer



werden. Dies war bereits 2009 der Fall. Das EDA rät in seinen Reisehinweisen ausdrücklich von Reisen nach Mali ab. In den wichtigsten Ortschaften der Region, insbesondere in Mauretanien und Niger könnten Schweizer Bürgerinnen und Bürger und Schweizer Interessen von terroristischen Anschlägen getroffen werden, die von Gruppen der AQIM gegen die Sicherheitskräfte oder gegen westliche Interessen durchgeführt werden.

### **Bedrohung in Südosteuropa**

In der Region ist eine Vielzahl von Gruppen und Organisationen unterschiedlicher islamistischer Prägung aktiv. Auch fliesst weiterhin viel Geld aus arabischen Staaten zur Unterstützung dorthin. Trotzdem wird, was Gewalttaten in der Region selbst angeht und abgesehen von Einzeltätern, die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus als tief eingeschätzt. Die Gefahr ist jedoch in der gesamten Region hoch, dass Personen radikalisiert und für den bewaffneten Dschihad rekrutiert werden. Hinzu kommt die Gefahr, dass terroristische Gruppen – insbesondere für terroristische Aktionen in Westeuropa – logistisch unterstützt werden. Die grösste Bedrohung geht dabei von Takfiri-Netzwerken oder radikalisierten Einzeltätern aus. Verstärkt werden die Probleme durch den in der Region relativ einfachen Zugang zu Waffen. ■

## 1.2 Dschihadismus in der Schweiz

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- 10. Mai** Ein Gericht in Belgien verurteilte Malika El Aroud, eine Belgierin marokkanischer Herkunft, sowie in Abwesenheit Moez Garsallaoui, einen Tunesier, wegen Führung respektive Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation zu einer Gefängnisstrafe von acht Jahren. Beide hatten ab Ende der 1990er-Jahre Wohnsitz in der Schweiz und waren am 21. Juni 2007 vom Bundesstrafgericht wegen Unterstützung einer kriminellen (terroristischen) Organisation nach Art. 260<sup>ter</sup> Strafgesetzbuch (StGB) sowie anderer Straftatbestände schuldig gesprochen worden.
- 26. Juli** In einer Audiobotschaft erwähnte Ayman al-Zawahiri, die Nummer Zwei der Kernal-Qaida, die Annahme der Eidgenössischen Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten als eines der Zeichen für die Islamfeindlichkeit des Westens.



Im Zusammenhang mit der Annahme der Initiative gegen den Bau von Minaretten veranstaltete Webseite



## LAGE

---

### Kern-al-Qaida und Minarettbauverbot

Die Reaktionen auf die am 29. November 2009 angenommene Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten blieben 2010 bescheiden. Es waren keine ernsthaften Drohungen oder gewalttätige Aktionen gegen die Schweiz oder Schweizer Interessen zu verzeichnen. Allerdings kam es zum Beispiel in Pakistan oder Indonesien zu Demonstrationen. Zudem wurde das Minarettbauverbot in dschihadistischen Internetforen sporadisch thematisiert. Die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten wurde dabei wiederholt gemeinsam mit den Burka-verböten oder den Mohammed-Karikaturen als Zeichen für die Islamfeindlichkeit des Westens erwähnt.

Auch die Kern-al-Qaida äusserte sich zum Minarettbauverbot. Am 26. Juli rief ihre Nummer Zwei, Ayman al-Zawahiri, in einer 47-minütigen Rede zum Widerstand gegen das Verschleierungsverbot in Europa auf und nahm dabei auch Bezug auf die Schweiz und das Minarettbauverbot. Er erwähnte dabei als ein Beispiel für die in seinen Augen bestehende Islamfeindlichkeit des Westens, dass die Schweiz den Bau von Minaretten verbiete. Die Audiobotschaft stellte die Schweiz auf eine Ebene mit anderen Staaten der sogenannten Kreuzzug-Allianz. In den anderen Botschaften der Kern-al-Qaida wurde die Schweiz nicht mehr erwähnt.

### Südosteuropäische Islamisten

Die Mehrheit der Muslime in der Schweiz stammt aus Südosteuropa. Traditionell verstehen südosteuropäische Muslime den Islam als eher apolitisch, aber es gibt eine Minderheit, die dem Islamismus nahesteht. Diese Minderheit ist keine einheitliche Gruppe; die südosteuropäischen Islamisten vertreten verschiedene Ausprägungen des Islamismus. Namentlich ist eine Tendenz zum Takfirismus zu beobachten. In der Schweiz konnten bisher zwei Takfiri-Netzwerke festgestellt werden, die unterschiedlichen ideologischen Strömungen angehören:

- Eines der Netzwerke hat sich 2010 gespalten. Es war 2009 durch Treffen mit Teilnehmern aus ganz Europa aufgefallen und hatte auch in der Schweiz Sympathisanten gefunden.
- 2010 zeichnete sich in der Schweiz die Bildung eines transnationalen Netzwerks ab, dem nicht nur Takfiris südosteuropäischer Herkunft angehören. Es will eine eigene Gemeinschaft bilden und Anhänger für den bewaffneten Dschihad rekrutieren. Das Netzwerk ist direkt in die Rekrutierung und Entsendung von Personen involviert. Auch hierzulande wurden Personen radikalisiert oder rekrutiert. Weiter deuten nachrichtendienstliche Informationen darauf hin, dass die Aktivisten in der Schweiz eine wichtige Rolle bei der Finanzierung des Netzwerks spielen. Sie vermieden es dabei, die Dienstleistungen des Schweizer Finanzplatzes zu beanspruchen.

Neben diesen beiden Netzwerken sind 2010 auch Personen aufgefallen, die enge Verbindungen zu radikalen Islamisten in Bosnien und Herzegowina pflegen. Nach heutigem Kenntnisstand sind diese Personen in der Schweiz nicht organisiert.

Es gab 2010 keine Hinweise darauf, dass Terrorakte mit Beteiligung von in der Schweiz ansässigen Personen südosteuropäischer Herkunft geplant oder vorbereitet worden wären.

### Reisebewegungen

Ende 2007 hatte sich Moez Garsallaoui als Anführer einer Gruppe von Gleichgesinnten von Belgien aus ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet begeben. Einige Mitglieder der Gruppe wurden nach ihrer Rückkehr nach Europa Ende 2008 in Belgien verhaftet und 2010 rechtskräftig verurteilt. Sie sollen in den pakistanischen Stammesgebieten Trainingscamps besucht und in Belgien Attentate geplant haben. Europaweit ist eine Zunahme von dschihadistisch motivierten Reisebewegungen festzustellen. Auch in der Schweiz sind – neben Garsallaoui – mehrere Fälle bekannt. Die Personen reisten beispielsweise nach Somalia oder Jemen.



Der in der Schweiz einschlägig verurteilte tunesische Dschihadist [Aufnahme 2008]

## BEURTEILUNG

---

### Konsequenzen des Minarettbauverbots

Mit der Audiobotschaft al-Zawahiris wurde die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten zum ersten Mal von der Kern-al-Qaida thematisiert. Die Erwähnung des Minarettbauverbots wurde von dschihadistischen Kreisen nicht aufgegriffen, und es liegen keine Erkenntnisse vor, die auf eine daraus resultierende Gefährdung der Schweiz hindeuten.

Der NDB verfolgt weiterhin die andauernden Diskussionen über Islamfeindlichkeit. Die Nennung des Minarettbauverbots unter anderen angeblichen Belegen für eine feindliche Einstellung gegenüber dem Islam birgt Risiken. So könnten immer mehr Personen die Schweiz zum Lager der Islamfeinde rechnen, oder die Radikalisierung Einzelner könnte begünstigt werden. Eine Instrumentalisierung durch islamistische Kreise in Europa und der Schweiz kann längerfristig nicht ausgeschlossen werden und kann möglicherweise auch zu gewalttätigen Aktionen führen.

### Takfiris und Rückkehrer als Sicherheitsrisiken

Das Bedrohungspotenzial einiger südosteuropäischer Takfiris wird als hoch eingeschätzt, da eine zunehmende Radikalisierung hin zum Dschihadismus erkennbar ist. Es besteht eine Bedrohung für die Schweiz und ihre Interessen, auch wenn keine Hinweise vorliegen, dass Terrorakte mit Beteiligung von in der Schweiz ansässigen Personen geplant oder vorbereitet wurden. Personen, die in den bewaffneten

Dschihad ziehen, schaden den aussen- und sicherheitspolitischen Interessen ihres Herkunfts- oder vormaligen Aufenthaltslands. Sollten in den Dschihadgebieten zunehmend aus der Schweiz stammende Kämpfer aktiv werden und Anschläge gegen die Zivilbevölkerung oder internationale Truppen verüben, könnte dies auf internationaler Ebene Forderungen nach weitergehenden Massnahmen der Schweiz im Bereich der Terrorismusbekämpfung nach sich ziehen.

Die Zunahme von dschihadistisch motivierten Reisebewegungen führt zwangsläufig auch dazu, dass zumindest ein Teil der Dschihadisten nach Europa zurückkehrt. Rückkehrer, die in der Regel bereits im Herkunfts- oder vormaligen Aufenthaltsland radikalisiert wurden, stellen ein beträchtliches Risiko für die Sicherheit einzelner Staaten dar. Rückkehrer, die Trainingslager besuchten oder gar in Dschihadgebieten kämpften, könnten mit der Absicht oder gar dem Auftrag zurückkehren, Anschläge zu verüben. Es besteht die Gefahr, dass Rückkehrer aus dem bewaffneten Dschihad hierzulande – oder von der Schweiz aus – terroristisch aktiv werden beziehungsweise solche Aktivitäten unterstützen. Sie könnten auch eine wichtige Rolle bei der Radikalisierung von Muslimen spielen. Für die Schweiz wurde allerdings bisher kein Rückkehrer bestätigt. ■

## 1.3 PKK

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- 15. Februar** Bei einer unbewilligten Demonstration der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Olten drohte ein Aktivist mit Aktionen von jugendlichen Kurden gegen Europa.
- 25./26. Februar** In mehreren europäischen Städten fanden Demonstrationen statt. Der Protest richtete sich gegen behördliche Zwangsmassnahmen mit zahlreichen Festnahmen von PKK-Mitgliedern und Hausdurchsuchungen in Italien, Frankreich und zuvor auch in den Niederlanden.
- 4. März** In Belgien führten die polizeilichen Massnahmen in den Studioräumlichkeiten des PKK-nahen Fernsehsenders Roj TV zu einem Sendestopp.
- 8. Juni** Ein Bombenanschlag auf einen Polizeibus in Istanbul forderte 15 Verletzte. Die Freiheitsfalken Kurdistans (TAK) bekannten sich zur Tat.
- 22. Juni** Ein Bombenanschlag der TAK auf einen Bus mit Militärpersonal in Istanbul forderte fünf Tote und ein Dutzend Verletzte.
- 16. August** Die PKK-Führung verkündete für die Dauer des Ramadans eine einseitige Waffenruhe und verlängerte sie anschliessend bis Ende Oktober.
- 31. August** Der dänische Justizminister entschied, ein Gerichtsverfahren gegen Roj TV und Mesopotamia Broadcast A/S METV einzuleiten. Ihnen wird vorgeworfen, die als verbotene terroristische Organisation eingestufte PKK zu unterstützen.
- 31. Oktober** Die TAK verletzten mit einem Selbstmordanschlag in Istanbul 32 Polizisten und Passanten. Die Führung der PKK lehnte die Verantwortung ab und verlängerte ihre Waffenruhe bis zu den türkischen Parlamentswahlen im Juni 2011.

Übersichtskarte über die Kurdengebiete



## LAGE

---

### Lage in der Türkei

Nach der Schneeschmelze ab Ende Frühling kam es in der Türkei zu einer Gewaltwelle, die das durchschnittliche Mass der Vorjahre übertraf. Die Operationen der türkischen Armee und der Guerillaeinheiten der PKK-Volkverteidigungskräfte (HPG) führten beidseitig zu höheren Verlusten. Als die Zahl der Anschläge Mitte August ihren Höhepunkt erreichte, rief die PKK-Führung einseitig eine Waffenruhe für die Zeit des islamischen Fastenmonats Ramadan aus. Mitte September wurde die Waffenruhe bis Ende Oktober verlängert. Nach dem Attentat von Ende Oktober in Istanbul, zu dem sich die TAK bekannten, verkündete der Vorsitzende des Exekutivrats der Union der Gesellschaften Kurdistans (KCK), Murat Karayilan, eine Verlängerung des einseitigen Waffenstillstands bis zu den Parlamentswahlen im Juni 2011.

Das türkische Parlament erneuerte im Oktober das Mandat für die grenzüberschreitenden Militäroperationen gegen PKK-Stellungen und Rückzugsräume im Nordirak. Die Streitkräfte setzten unter dem neuen Generalstabschef Kosaner ihre Versuche fort, der PKK grösstmöglichen Schaden zuzufügen.

Trotz der anhaltenden Kämpfe bemüht sich der seit 1999 inhaftierte PKK-Anführer Abdullah Öcalan seit längerer Zeit um Friedensverhandlungen mit der Regierung. Ende August deutete ein Berater des Premierministers Erdogan an, dass Gespräche zwischen den türkischen Behörden und Öcalan stattfanden.

### Lage in der Diasporagemeinschaft

Die polizeilichen Zwangsmassnahmen in Italien, Frankreich und den Niederlanden führten anfangs 2010 in mehreren Städten Europas zu zahlreichen Protestveranstaltungen. Diese verliefen mehrheitlich ruhig, insbesondere in der Schweiz. Hier wurden die Demonstrationen gut organisiert, von den Behörden jeweils bewilligt und durchwegs friedlich durchgeführt. Eine Ausnahme bildete die unbewilligte Protestveranstaltung Mitte Februar in Olten, bei der ein jugendlicher Aktivist mit Gewalttaten drohte. Auf die anhaltenden und verlustreichen Kämpfe im türkisch-irakischen Grenzgebiet reagierte die kurdische Diasporagemeinschaft ansonsten kaum öffentlich.

2010 betrieben PKK-Unterorganisationen weiterhin Propaganda und Ausbildungstätigkeiten, rekrutierten Nachwuchs und sammelten Spenden. In Europa fanden Rekrutierungen für Kaderposten und ideologische Ausbildungslager statt. Wie in den Vorjahren wurden sporadisch Kämpfer an die Front geschickt. Zudem wurde glaubhaften Hinweisen zufolge mehrfach Geld und Material aus Europa per Kurierdienst nach Erbil geliefert. Von dort gelangte es zur Versorgung der HPG-Einheiten vermutlich weiter in die Qandil-Berge.

## BEURTEILUNG

### Spaltungstendenzen in der PKK

Trotz des Dialogversuchs zwischen den türkischen Behörden und der PKK bleibt es wenig wahrscheinlich, dass die Regierung die PKK als legitime Vertretung der Kurden anerkennt. Einfluss und Handlungsspielraum des inhaftierten Öcalan sind begrenzt. Der KCK-Vorsitzende Murat Karayilan vertritt eine starre Haltung gegenüber der Regierung. Eine dauerhafte Beruhigung des Konflikts ist nicht in Sicht, zumal jüngere Kader in der PKK, Splittergruppen und andere extremistische Aktivisten wenig Interesse an einer Konfliktlösung zeigen. Beispiel dafür ist der Anschlag in Istanbul vom 31. Oktober.

Für 2011 ist in der Türkei eine weitergehende Verfassungsrevision geplant, womit sich der Trend zu einer kurdenfreundlicheren Politik der Regierung fortsetzen dürfte. Eine Annäherung könnte die PKK spalten und interne Konflikte schaffen.

### Europäischer Rückzugsraum

Die Diasporagemeinschaft nimmt mit den Demonstrationen weniger Bezug auf die Lage im Kurdengebiet als auf die Lage in der Diaspora selbst. Im Vordergrund stehen die Zwangsmassnahmen gegen europäische PKK-Kader und Medien wie Roj TV. Das Mobilisierung- und Gewaltpotenzial für Protestveranstaltungen und für Anschläge gegen türkische Einrichtungen ist nach wie vor vorhanden, besonders bei den Jugendlichen der Suborganisation Koma-

len Ciwan. Die PKK kann aber in der Schweiz am besten unter ruhigen Verhältnissen agieren.

Die europäische Exekutive der PKK, die Koordination der Kurdischen Demokratischen Gesellschaft (CDK), dürfte an der Doppelstrategie des bewaffneten Kampfs an der Front und dem oberflächlich friedlichen Werben um politische Anerkennung in Europa festhalten. Im Vordergrund stehen dabei auch in der Schweiz weiterhin Propaganda, verdeckte Spendensammlungen und die Rekrutierung von jungen Kämpfern und Kadern. Die Führungsstruktur ist unverändert stabil. Die Kader handeln professionell, sind grenzüberschreitend vernetzt und werden regelmässig ausgewechselt. ■



PKK-Fahne bei einer Demonstration vor dem Bundeshaus [Aufnahme Archiv]

## 1.4 LTTE und ihre Nachfolger

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- 3. März** In Deutschland wurden fünf Mitglieder des Tamil Coordination Committee (TCC) von der Polizei verhaftet. Das TCC agierte in Deutschland als Koordinationsstelle der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE).
- 5. Mai** In Offenburg (Deutschland) wurde ein Mitglied des TCC festgenommen. Der Mann soll anlässlich einer Geldsammlung für die LTTE einen zahlungsunwilligen Tamilen mit einem Messer verletzt haben.
- 14. Mai** In Vancouver (Kanada) wurde ein kanadischer Bürger tamilischer Herkunft wegen Finanzierung des Terrorismus zu sechs Monaten Haft verurteilt. Der Mann hatte zugegeben, für eine tamilische Nichtregierungsorganisation Geld gesammelt zu haben im Wissen, dass dieses den LTTE zugute kommen würde.
- 12. Juni** Nach einem Bombenanschlag auf ein Bahngleis im indischen Gliedstaat Tamil Nadu wurden Flugblätter gefunden, die auf die LTTE als Urheber hindeuten.
- 15. Juni** In den Niederlanden wurden vier Mitglieder der LTTE wegen finanzieller Unterstützung einer terroristischen Organisation festgenommen.
- 27. November** Im Forum Fribourg fand der jährliche Heldengedenktag der LTTE statt.



LTTE-Propaganda an einer tamilischen Veranstaltung in St. Gallen

## LAGE

### Ende der LTTE in Sri Lanka

Die Sicherheitslage in Sri Lanka hat sich 2010 weiter stabilisiert. Die LTTE spielen im Inselstaat keine Rolle mehr und gelten als zerschlagen. Von den rund 11'000 nach dem Krieg als LTTE-Kämpfer inhaftierten Personen wurde ein grosser Teil wieder freigelassen, da diese für den sri-lankischen Staat keine Gefahr mehr darstellten.

Die zahlreichen Ableger der LTTE im Ausland, darunter auch in der Schweiz, existierten teils weiter, standen jedoch wie im Vorjahr unter grossem Druck der Strafverfolgungsbehörden. Am 3. März wurden in Deutschland fünf Kader der LTTE in Untersuchungshaft genommen. In den Niederlanden wurden am 26. April sieben und am 15. Juni nochmals vier Mitglieder der LTTE verhaftet. Am 12. Juni kam es im indischen Teilstaat Tamil Nadu zwar zu einem Bombenanschlag auf ein Bahngleis, wofür aufgrund aufgefundener Flugblätter die LTTE verantwortlich gemacht wurden. Die Urheber-schaft der LTTE wurde von den indischen Behörden aber nicht bestätigt.

### Politische Gruppierungen als Nachfolger

Im Streit um das politische Erbe und das internationale Netzwerk der LTTE drängten sich zwei tamilische Gruppierungen in den Vordergrund:

- Das Global Tamil Forum (GTF) ist ein in England domizilierter Zusammenschluss mehrerer nationaler Tamilenforen; 2010 war das GTF wenig aktiv.

- Das Transnational Government of Tamil Eelam (TGTE) versteht sich als tamilische Exilregierung und als politischer Ansprechpartner für alle Belange der Tamilen in Sri Lanka. Es ist in Staaten mit grosser tamilischer Diasporagemeinschaft vertreten – neben der Schweiz sind dies Australien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada, Neuseeland, Norwegen, Schweden und die USA.

Beide Organisationen propagieren analog zu den LTTE einen tamilischen Staat in Sri Lanka, distanzieren sich aber offiziell von deren gewaltsamem Vorgehen. Zwecks demokratischer Legitimierung organisierte das TGTE anfangs Mai in Staaten, wo dies möglich war, Wahlen für ihr Exilparlament. Dazu zählt auch die Schweiz. Das Parlament konstituierte sich wenige Wochen später in Philadelphia (USA).

### Akteure in der Schweiz

In der Schweiz waren ebenfalls mehrere Akteure tätig:

- Obwohl die LTTE in Sri Lanka vernichtet wurden, ist der Schweizer Ableger der Organisation weiterhin aktiv und organisierte auch im Jahr 2010 einzelne private Versammlungen. Die Teilnehmerzahl an den meist als Gedenkveranstaltungen ausgerichteten Treffen war jedoch insgesamt tiefer als in den Vorjahren.



- Die TGTE unterhielt in Genf ein Sekretariat, von dem aber keine grosse Aktivität ausging und das mittlerweile aufgelöst wurde. Im Oktober wurde in New York (USA) eine Schweizer Tamilin zur stellvertretenden Sprecherin des Exilparlaments gewählt. Anfangs November wurde zudem eine sri-lankische Bürgerin mit Wohnsitz in der Schweiz zu einer stellvertretenden Ministerin im TGTE ernannt.
- Aktiver war der im März ebenfalls durch Wahlen in der tamilischen Gemeinschaft der Schweiz zustande gekommene Rat der Eelam Tamilen Schweiz (SCET).

Der SCET beschränkt seine Aktivitäten auf die Schweiz und hat ebenfalls einen autonomen Staat in Sri Lanka zum Ziel. Viele Mitglieder

weisen ähnlich wie die Schweizer Vertreterinnen und Vertreter im TGTE Verbindungen zu den LTTE auf. Der SCET organisierte im Juni und August Demonstrationen vor der UNO in Genf und Ende August einen Protestmarsch von Genf nach Brüssel, um gegen die Diskriminierung der Tamilen in Sri Lanka zu demonstrieren. Die Veranstaltungen verliefen friedlich und fielen in der Öffentlichkeit kaum auf.

Trotz der Zerschlagung der LTTE in Sri Lanka wird in der Schweiz in der tamilischen Gemeinschaft weiterhin Geld gesammelt respektive Geld aus dem Ausland in die Schweiz geschleust. Lagen in den Vorjahren Hinweise vor, dass damit die LTTE in Sri Lanka unterstützt wurden, blieb 2010 die Verwendung des Geldes unklar.

**சுவிற்சலாந்தில்**  
நாடுகடந்த தமிழீழ அரசாங்கத்திற்கான தேர்தல்

**மே 26 நாள்**

சுவிற்சலாந்தின் 7 தொகுதிகளில் குந்து 10 பிரதந்திகள்

1. Bern, Solothurn	2 பெற்றிதம்
2. Zurich, Schaffhausen, Thurgau	2 பெற்றிதம்
3. Basel, Aargau, Jura	1 பெற்றிதம்
4. Luzern, Zug, Nidwalden, Uri, Obwalden, Schwyz	1 பெற்றிதம்
5. Vaud, Valais, Genève, Fribourg, Neuchâtel	2 பெற்றிதம்
6. Graubünden, Glarus, St.-Gallen	1 பெற்றிதம்
7. Tessin / Ticino	1 பெற்றிதம்

17 அகவை நிறைவடைந்த அனைவரும் தேர்தலில் வாக்களிக்கலாம்  
"தமிழரின் இலட்சிய வேட்கைகளை உகரையச் செய்வோம்  
தேர்தலில் அனைவருமே ஆர்வத்துடன் பங்குபற்றுவோம்"

தகவல்களையும் தொடர்புகளையும்  
www.tgte-swiss.ch  
info@swiss@govtamil.eelam.org  
022 734 00 63

நாடுகடந்த தமிழீழ அரசாங்கம் அமைப்பதற்கான  
சுவிஸ் செயற்பாட்டுக்குழு

Wahlen der TGTE in der Schweiz

## BEURTEILUNG

---

### **Machtkampf in der tamilischen Separatistenbewegung**

Die nach der Niederlage der LTTE entstandenen tamilischen Gruppierungen unterscheiden sich untereinander kaum in ihrer ideologischen Ausrichtung. Ihr Ziel bleibt die Schaffung eines eigenen tamilischen Staates in Sri Lanka, den sie im Gegensatz zur LTTE jedoch auf politischem Weg und nicht mit Waffengewalt etablieren wollen. Differenzen und Machtkämpfe gibt es hingegen bezüglich Führungsrolle und Einfluss auf die weltweit grosse tamilische Diasporagemeinschaft. Die Entscheidung des Machtkampfs wird durch den Umstand erschwert, dass den Gruppierungen bei der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka der Rückhalt fehlt. Diese ist erschöpft und mit dem Wiederaufbau ihrer Existenzgrundlage beschäftigt. Genossen die LTTE und ihr Kampf für einen Tamilenstaat lange Zeit Rückhalt unter den Tamilen in Sri Lanka, ist dies heute kaum mehr der Fall. Die Post-LTTE-Gruppierungen dürften deshalb kurz- bis mittelfristig vor allem mit sich selbst beschäftigt bleiben. Dabei kann es auch zu internen Auseinandersetzungen mit gewalttätigen Konflikten kommen.

### **Vorläufiges Ende des bewaffneten Kampfes**

Der tamilische Terrorismus hat mit der Vernichtung der LTTE in Sri Lanka sein – möglicherweise nur vorläufiges – Ende gefunden. Die sich verbessernde Sicherheits- und Wirtschaftslage in Sri Lanka dürfte mittelfristig auch den Tamilen im Osten und Norden des

Landes zugute kommen und deren Interesse an einem bewaffneten Widerstand weiter lähmen. Sollte die Regierung die Tamilen allerdings vom wirtschaftlichen Fortschritt ausschliessen oder diese als Bürger zweiter Klasse behandeln, könnte sich die Unzufriedenheit wieder in gewaltsamen Protesten niederschlagen und zur erneuten Unterstützung einer separatistischen, potenziell terroristischen Bewegung führen. Die grosse tamilische Diasporagemeinschaft in der Schweiz dürfte sich in einem solchen Fall erneut mit der Bevölkerung und auch mit einer neuen terroristischen Gruppierung in Sri Lanka solidarisieren. ■

## 1.5 Terrorismusfinanzierung

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

---

- 4. März** Der Nationalrat überwies als Zweitrat die Motion „Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung“ an den Bundesrat (Motion 09.3719). Die Motion verlangt, dass die Schweiz die Umsetzung von UNO-Sanktionen zur Terrorismusbekämpfung aussetzt, sofern sie nicht ein Mindestmass an Verfahrensgarantien erfüllen.
- 23. Juni** Das deutsche Innenministerium verbot die Internationale Humanitäre Hilfsorganisation (IHH) wegen indirekter finanzieller Unterstützung der Hamas.
- Juli** In einem dschihadistischen Internetforum wurde thematisiert, wie die im Irak aktive Terrorgruppierung Islamischer Staat Irak (ISI) ausbleibende Spendengelder wettmachen solle. Vorgeschlagen wurden kriminelle Aktivitäten wie Entführungen und Schutzgeldeintreibungen.
- 1. August** Das Abkommen über den Finanzdienstleister Swift (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication) zwischen der EU und den USA trat in Kraft. Den USA ist es seitdem wieder möglich, auf Anfrage Swift-Daten verdächtiger Banktransaktionen einzusehen und zu analysieren. Das alte Abkommen hatte den EU-Datenschutzrichtlinien nicht standgehalten.
- 9. September** Das EU-Gericht erster Instanz rügte die EU dafür, dass für den Eintrag der al-Aksa-Stiftung auf der EU-Liste terroristischer Organisationen die rechtlichen Grundlagen ungenügend gewesen seien (EuGH 1. Instanz Rechtssache T-348/07 Stichting Al\_Aqsa).
- 26. September** Der UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus legte der UNO-Generalversammlung seinen Bericht vor. Er beanstandete, dass auf der UNO-Terrorliste geführten Personen kein Rechtsweg offenstehe, ihren Eintrag anzufechten.

## LAGE

## Überblick

In der Schweiz blieb die Anzahl Verdachtsmeldungen der Schweizer Finanzdienstleister an die Behörden im Zusammenhang mit vermuteter Terrorismusfinanzierung tief. 2010 betrafen nur 13 der insgesamt 1'159 Verdachtsmeldungen an die Meldestelle für Geldwäscherei (MROS) mutmassliche Terrorismusfinanzierung. Zehn davon wurden an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet. Auffällig im Vergleich zum Vorjahr ist die Veränderung der gemeldeten Vermögenswerte: im Jahr 2009 betragen diese rund 9'500 Franken, 2010 hingegen über 23 Millionen Franken. Diese Zahl wird allerdings dadurch relativiert, dass eine einzige Verdachtsmeldung in der Höhe von über 18,6 Millionen Franken beinahe allein ausschlaggebend war. Die Bearbeitung dieses Falls dauert an. Bei vier weiteren Meldungen mit einem Gesamtbetrag von rund 4,4 Millionen Franken kam es zu Verfahrenseinstellungen. Ein Trendwechsel im Vergleich zum Vorjahr lässt sich somit nicht belegen.


Die anhaltend tiefe Zahl von Verdachtsmeldungen in der Schweiz darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin Handlungsbedarf hinsichtlich Terrorismusfinanzierung besteht. Das Verbot der IHH in Deutschland und das Swift-Abkommen zeigen dies.

## Rechtliches Spannungsverhältnis

Der Ausgleich zwischen der Wahrung von Rechtsgrundsätzen und Massnahmen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung war 2010 oft Gegenstand von Diskussionen. Insbesondere geht es um die Problematik, wie die sogenannten Terrorlisten angewendet werden sollen. Dabei erhielten rechtsstaatliche Argumente im Vergleich zum Vorjahr grösseres Gehör. Die Überweisung der Motion „Die UNO untergräbt das Fundament unserer Rechtsordnung“ an den Bundesrat, die Rüge des EU-Gerichts erster Instanz und die Beanstandung des UNO-Sonderberichterstatters im September belegen dies. Im Juli befasste sich auch in den USA ein Berufungsgericht in Washington D.C. mit der Pro-

Erste Seite der  
UNO-Terrorliste

Consolidated List Last updated on: 9 February 2011



**The Consolidated List established and maintained by the 1267 Committee with respect to Al-Qaida, Usama bin Laden, and the Taliban and other individuals, groups, undertakings and entities associated with them**

Last updated on: 09 February 2011

**Composition of the List**

The list consists of the four sections specified below:

- A. Individuals associated with the Taliban
- B. Entities and other groups and undertakings associated with the Taliban
- C. Individuals associated with Al-Qaida
- D. Entities and other groups and undertakings associated with Al-Qaida

The names of individuals and entities removed from the Consolidated List pursuant to a decision by the 1267 Committee may be found in the "Press Releases" section on the Committee's website. Other information about de-listing may be found on the Committee's website at <https://www.un.org/sc/committees/1267/delisting.html>.

**A. Individuals associated with the Taliban**

**TI.A.38.01. Name:** 1: ABDUL BAQI 2: na 3: na 4: na  
**Name (original script):** عبد الباقي  
**Title:** a) Maulavi b) Mullah **Designation:** a) Governor of the provinces of Khost and Paktika under Taliban regime b) Vice-Minister of Information and Culture under Taliban regime c) Consulate Dept., Ministry of Foreign Affairs under Taliban regime **DOB:** Approximately 1962 **POB:** Jalalabad city, Nangarhar province, Afghanistan **Good quality a.k.a.:** na **Low quality a.k.a.:** na **Nationality:** Afghan **Passport no.:** na **National identification no.:** na **Address:** na **Listed on:** 23 Feb. 2001 (amended on 3 Sep. 2003, 7 Sep. 2007, 21 Sep. 2007) **Other information:** Believed to be in the Afghanistan/Pakistan border area. Until 7 Sep. 2007 he was also listed under number TI.A.48.01. Review pursuant to Security Council resolution 1822 (2008) was concluded on 1 Jun. 2010.

**TI.A.128.01. Name:** 1: ABDUL QADEER 2: ABDUL BASEER 3: na 4: na

blematik (United States Court of Appeals, District of Columbia Circuit, No. 09-1059, PMOI v. USDoS). Das Gericht beanstandete, dass der Organisation der iranischen Volksmudschaheddin (MeK) bei der Verzeichnung auf der Liste der ausländischen terroristischen Organisationen des amerikanischen Aussenministeriums kein rechtliches Gehör gewährt worden war. Der Eintrag muss deshalb vom Aussenministerium nochmals überprüft werden. Ende November schliesslich informierte die EU in ihrem Amtsblatt mehrere auf der EU-Terrorliste eingetragene Organisationen, dass sie unter Vorlage entsprechender Nachweise beim Rat der Europäischen Union die Überprüfung ihres Eintrags beantragen könnten (ABl. C316 vom 20.11.2010).

#### **Finanzierung durch kriminelle Aktivitäten**

Terroristische Organisationen bedienen sich schon seit längerem krimineller Aktivitäten, um sich zu finanzieren. In den vergangenen Jahren konnte eine Ausweitung solcher Aktivitäten festgestellt werden; 2010 bestätigte sich der Trend. So entführte die AQIM in der Sahelzone mehrere Bürger westlicher Staaten, um Lösegeld zu erpressen. Ein besonderes Phänomen war am Horn von Afrika zu beobachten, wo es Hinweisen zufolge zu Kontakten zwischen den Piraten vor der somalischen Küste und den islamistischen Rebellen der al-Shabaab gekommen sein soll. Die al-Shabaab könnten sich durch diese Kontakte sowohl logistische als auch finanzielle Unterstützung verschaffen.

## Beurteilung

---

### Schweiz keine Drehscheibe für Terrorismusfinanzierung

Der Finanzplatz Schweiz spielt weiterhin keine zentrale Rolle bei der Finanzierung von terroristischen Aktivitäten. Dies zeigen unter anderem die tiefe Anzahl Verdachtsmeldungen der Schweizer Finanzdienstleister an die Behörden sowie die wenigen Ermittlungen der Bundeskriminalpolizei wegen Verdachts auf Terrorismusfinanzierung in den letzten Jahren. Dabei gilt es zu beachten, dass sich sowohl in der Schweiz als auch im Ausland die informellen Zahlungssysteme und andere alternative Überweisungsmethoden wie Hawala-Banking oder Geldkurierere der Kontrolle der Behörden weitgehend entziehen. Zudem bleibt der konkrete Beweis schwierig zu erbringen, dass Finanzwerte für terroristische Aktivitäten eingesetzt werden, wenn sie ausser Landes gebracht worden sind.

### Gefährliche Vermischung

Eine grosse Herausforderung bleibt die Bekämpfung krimineller Aktivitäten, die der Terrorismusfinanzierung dienen. Die Lage wird noch schwieriger, wenn diese Aktivitäten von Staaten indirekt gefördert werden, wie dies zum Beispiel bei Lösegeldzahlungen bei Entführungen der Fall sein kann. Terroristen verfolgen ihre Finanzierungstätigkeiten in allen erdenklichen Feldern und nutzen das internationale Bankensystem zur Überweisung von Geldern nur noch zu einem geringen Teil.

### Globale Standards

Angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen rechtsstaatlichen Grundsätzen und staatlichen Sanktionen bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung ist die Verbesserung der internationalen Zusammenarbeit besonders wichtig. Gemeinsame und anerkannte rechtliche Standards müssen geschaffen und angewandt werden. Andernfalls können mutmasslich terroristische Organisationen staatliche Behörden mit gerichtlichen Klagen zum Handeln zwingen und sogar Schadenersatzforderungen fordern und einstreichen, die schlimmstenfalls wiederum zur Finanzierung von terroristischen Aktivitäten benutzt werden könnten. Die Schweiz ist diesbezüglich seit Jahren aktiv, indem sie mit anderen Staaten zusammen eine Initiative unterstützt, die das Listing- und De-listing-Verfahren auf UNO-Ebene transparenter machen will. ■



## 2. Gewaltextremismus



## 2.1 Rechtsextremismus

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

---

- 23. Januar** Am frühen Samstagmorgen kam es in einem einschlägig bekannten Pub in Bern zu einer Schlägerei, an der drei Personen aus der rechtsextremen und Hooliganszene beteiligt waren. Die drei schlugen und traten die beiden Opfer, die in Spitalpflege gebracht werden mussten. Die Kantonspolizei nahm bei zwei Tatverdächtigen Hausdurchsuchungen vor und stellte Waffen und Munition sicher. Das Verfahren wegen versuchter schwerer Körperverletzung und wegen Widerhandlung gegen das Waffengesetz war bei Redaktionsschluss noch hängig.
- 31. Januar** Am Sonntag kam es in Schwanden GL während eines Festes zu einer grösseren Schlägerei zwischen Rechtsextremen und anderen Festbesuchern. Mehrere Verletzte mussten im Spital gepflegt werden. Die Kantonspolizei erstattete Strafanzeige wegen Angriff und eventuell Raufhandel.
- 1. März** Bei einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen drei Männern wurde in Basel ein dunkelhäutiger Ausländer erheblich verletzt; er musste hospitalisiert werden. Es wurde ein Strafverfahren gegen die beiden Täter eingeleitet, von denen mindestens einer ein polizeilich bekannter Rechtsextremer ist.
- 13./14. März** In Amriswil TG nahmen zirka 120 bis 150 Personen an einem Skinheadkonzert teil. Die Konzertbesucher stammten aus verschiedenen Teilen der Schweiz, aber auch aus dem Ausland, insbesondere aus Deutschland und Österreich. Rechtsextreme hatten den Partyraum unter dem Vorwand gemietet, ein Geburtstagsfest zu feiern.
- 25. April** In einem Kieswerk im Kanton St. Gallen spielten neun Rechtsextreme Softair und führten Wehrsportübungen durch. Bei Softair kämpften mit Druckluftwaffen ausgerüstete Teams nach militärischen Szenarien gegeneinander.

- 8. August** Rechtsextreme hielten auch 2010 daran fest, den Bundesfeiertag auf dem Rütli UR zu begehen. Sie verzichteten jedoch seit 2006 auf eine Teilnahme an der offiziellen Feier und halten ihre Feier in der Regel gesondert am Sonntag nach dem 1. August ab. Seit damals regelt nämlich ein Ticketsystem den Zugang zur Rütliwiese. 2010 fanden sich rund 150 Rechtsextreme auf dem Rütli ein; ihre Feier verlief ruhig und ohne Zwischenfälle.
- 19. September** In Dulliken SO kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen Rechtsextremen und Ausländern. Ein Rechtsextremer setzte Pfefferspray ein und verletzte zusätzlich einige der Anwesenden.



Für Softair und Wehrsportübungen  
ausgerüsteter Rechtsextremer

## Lage

### Zahl der Ereignisse

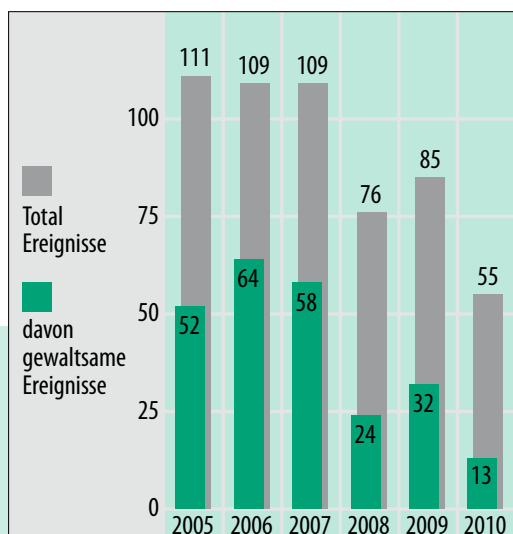
Die Lage im rechtsextremen Bereich hat sich in den letzten Jahren in der Schweiz nicht wesentlich verändert, inbegriffen der Trend, dass die Zahlen rückläufig sind: Im Jahr 2010 wurde mit insgesamt 55 rechtsextrem motivierten Ereignissen wiederum eine Abnahme registriert, nachdem 2009 mit 85 gegenüber 76 im Jahr 2008 eine leichte Zunahme stattgefunden hatte. Die Ereignisse mit Gewalttaten gingen von 32 auf 13 zurück, was einen langjährigen Tiefstand bedeutet (2008: 24, davor jeweils zwischen 52 und 64). Ferner hat sich offenbar der Trend zu rein politisch geprägten Veranstaltungen fortgesetzt, die der nachrichtendienstlichen Beobachtung nach den Vorschriften des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) entzogen sind.

### Gedenktage

Rechtsextreme messen der Geschichte der Schweiz besondere Bedeutung zu und nehmen regelmässig nicht nur an der Bundesfeier und der Erinnerung an die Schlacht bei Sempach, sondern auch an andern Gedenktagen teil. So trafen sich rechtsextreme Exponenten im Sep-

tember im Kanton Bern und gedachten mit einer Kranzniederlegung der im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten. Im Oktober 2010 führte eine rechtsextreme Gruppe im Kanton Nidwalden einen Gedenk Anlass für den Franzosenüberfall von 1798 durch.

Die Luzerner Behörden verzichteten aus Sicherheitsgründen auf eine offizielle Schlachtfeyer in Sempach LU am 26. Juni 2010 und führten lediglich einen Gedenkgottesdienst durch. Die Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) organisierte am 3. Juli eine Feier mit einer Kranzniederlegung beim Winkelried-Denkmal in Sempach. Kurz darauf wurde der Kranz wahrscheinlich von Linksextremen entfernt. Im Gegenzug drohte die PNOS, den Kranz für die nächstjährige Feier mit einer Sprengvorrichtung zu versehen, um Ähnliches zu verhindern. Sie drohte auch damit, dass Linksextreme in den nächsten Monaten im Kanton Luzern „nichts zu lachen“ hätten. Die Luzerner Strafuntersuchungsbehörden leiteten im Zusammenhang mit der Sprengstoffdrohung eine Voruntersuchung gegen die PNOS ein. Das Strafverfahren wurde wieder eingestellt, da der Tatbestand nicht erfüllt war. Die PNOS ihrerseits setzte eine Belohnung von 500 Franken aus, um den oder die Täter zu finden, und reichte gemäss eigener Aussage eine Strafanzeige wegen Diebstahls ein. Am 9. Juli legten Exponenten der PNOS erneut einen Kranz vor dem Denkmal nieder. Die polizeiliche Überprüfung ergab, dass der Kranz nicht mit einer Sprengvorrichtung versehen war.



Dem NDB gemeldete rechtsextrem motivierte Ereignisse seit 2005 (ohne Schmierereien)

### Rassendiskriminierungsstrafnorm

Im Juni 2009 wurde in Birsfelden BL der erste Anne-Frank-Platz in der Schweiz eingeweiht. Daraufhin stellte der damalige Vorsitzende der PNOS-Sektion Basel einen Text auf die Webseite der Basler Sektion, in dem das Tagebuch der Anne Frank als historisch falsch bezeichnet und auch der Holocaust angezweifelt wurde. Am 23. Juni 2009 wurde gegen ihn in Basel Strafanzeige wegen Verletzung der Rassendiskriminierungsstrafnorm (Art. 261<sup>bis</sup> StGB) erstattet, im Oktober 2009 wurde er angeklagt und als zur Tatzeit für die Webseite Verantwortlicher vom Strafgericht Basel am 21. Juni 2010 zu einer hohen unbedingten Geldstrafe verurteilt. Das Urteil wurde im Juli rechtskräftig.

Der Verurteilte ist einer der aktivsten Rechtsextremen und pflegt auch internationale Kontakte. Es war überdies nicht das erste Mal, dass der Exponent der PNOS mit dem Gesetz in Konflikt geriet. 2006 war er wegen Tätlichkeiten respektive Körperverletzung angezeigt und später verurteilt worden.

Insgesamt hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass Verurteilungen aller Art, so auch wegen Verletzung der Rassendiskriminierungsstrafnorm, eine beträchtliche präventive Wirkung in der rechtsextremen Szene haben können. Nach den Verurteilungen gingen die rechtsextremen Aktivitäten massiv zurück oder wurden ganz eingestellt. Zudem führten die Verurteilungen offenbar dazu, dass weniger Personen neu in die Szene einstiegen.

### Waffen und Gewalt

Verschiedene gewalttätige Vorfälle 2010 zeigen, dass Rechtsextreme nach wie vor bereit

sind, sehr gewalttätig zu agieren. Ihre Affinität zu Waffen und Kampf zeigt sich auch in den Wehrsportübungen und Kampftrainings, die von verschiedenen rechtsextremen Exponenten organisiert und besucht wurden.

Vorfälle wie die Körperverletzungen anfangs März in Basel zeigen, dass Ausländer nach wie vor ein Feindbild der rechtsextremen Szene sind. Zu den Feindbildern gehören ferner auch die Linksextremen.

### Rechtsextremismus in der Westschweiz

In der Westschweiz ist es in den letzten fünf Jahren in der rechtsextremen Szene ruhiger geworden. Einige der langjährigen Exponenten haben ihre Aktivitäten aufgegeben oder stark eingeschränkt. Es ist möglich, dass dies auch mit den rassistischen Vorfällen an einem rechtsextremen Konzert in Gamsen VS im Jahr 2005 und den insgesamt zwölf im Jahr 2009 deswegen ausgesprochenen Urteilen in Zusammenhang steht.

Vor allem in den Kantonen Genf und Waadt sind Aktivitäten Rechtsextremer erkennbar. Die Szenen in den Kantonen Neuenburg und Jura sind sehr klein; diejenigen in den Kantonen Wallis und Freiburg liegen in Bezug auf die Anzahl Exponenten und deren Aktivitäten in der Westschweiz im Mittelfeld. Insgesamt zählt die Westschweizer Szene etwas über 100 Aktivisten.

Es finden in der Westschweiz insgesamt nur bestimmte Aktivitäten wie Skinheadkonzerte, Feste oder Versammlungen statt, anders als in der deutschsprachigen Schweiz, wo auch Flugblattaktionen, Partys, politische Veranstaltungen, Gedenkfeiern und Trauermärsche

durchgeführt werden. Öfters begeben sich rechtsextreme Westschweizer in die Deutschschweiz, um an Veranstaltungen teilzunehmen, beispielsweise an Konzerten oder an der Feier auf dem Rütli UR.

Bis vor ungefähr fünf Jahren spielte der Negationismus, das heisst die Leugnung von Völkermorden, insbesondere des Holocausts, in der Westschweiz eine beträchtliche Rolle. Die damals wichtigsten Negationisten haben sich inzwischen aus der Szene zurückgezogen oder verbüsst ihre Strafen nach Verurteilungen wegen Verletzung der Rassendiskriminierungsstrafnorm. Seither ist es auch in diesem Bereich in der Westschweiz ruhiger geworden und die internationalen Kontakte, die zuvor vor allem zu Negationisten in Frankreich bestanden, wurden seltener.

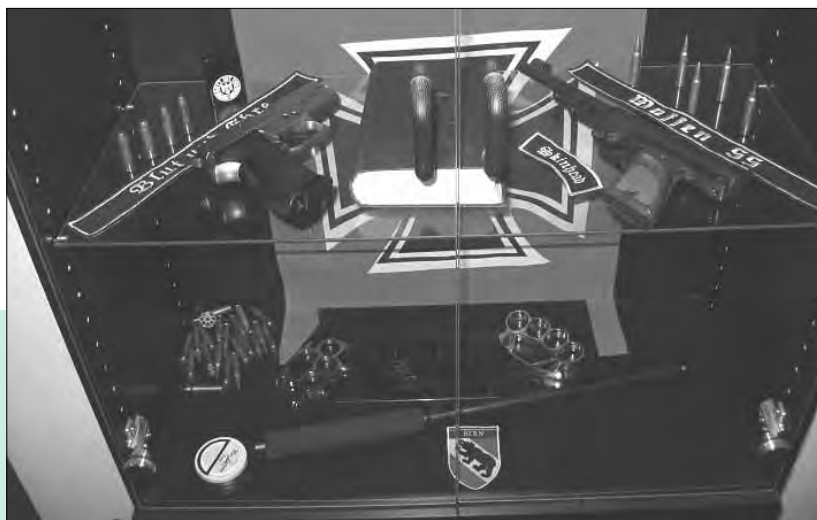
### Rechtsextremismus in Europa

Rechtsextrem motivierte Aktivitäten sind in den meisten europäischen Ländern leicht rückgängig. In einigen Ländern sind sie auf ein tiefes Niveau gesunken. Insgesamt gilt die Lage in Europa als relativ ruhig.

Um den Aufklärungs- und Sicherheitsmassnahmen der Behörden und dem politischen und militanten Druck seitens des linksextremen Lagers auszuweichen, nimmt die Konspiration

innerhalb der rechtsextremen Szene zu. Aktivitäten werden äusserst klandestin geplant, und oft gelingt es, Veranstaltungen im Geheimen abzuhalten. Die Behörden erfahren häufig erst im Nachhinein von einem Treffen.

Während die Zahl der Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen in den meisten europäischen Ländern steigt, ist in der Schweiz ein Rückgang festzustellen. Dies könnte mit dem allgemeinen Rückgang der rechtsextremen Aktivitäten hierzulande zusammenhängen, aber auch auf eine direkte und verbesserte Prävention und Repression zurückzuführen sein.



Anlässlich einer Hausdurchsuchung beschlagnahmte Waffen und Munition

## Beurteilung

---

### Europaweite Entwicklungen

Die Entwicklungen innerhalb der rechtsextremen Szene der meisten europäischen Länder haben sich in den letzten zwei Jahren wenig verändert. Die Lage in der Schweiz liegt zum grössten Teil im gesamteuropäischen Trend. Die Gründe, weshalb die Zahl der Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremen in der Schweiz, im Gegensatz zum restlichen Europa, rückläufig sind, sind nicht bekannt.

### PNOS

Die Vorfälle rund um die PNOS zeigen die Janusköpfigkeit der Partei, die sich als politischer Verein offiziell von Gewaltanwendung distanziert: Einige Mitglieder wurden wegen rassistischer Aussagen verurteilt, sind gewalttätig oder zumindest gewaltbereit und pflegen Kontakte mit international bekannten rechtsextremen Gruppen und Parteien. Die PNOS wird immer wieder mit Gesetzesverstössen ihrer Mitglieder konfrontiert, wie dies die Verurteilungen wegen Verstössen gegen die Rassendiskriminierungsstrafnorm zeigen. 2010 zeigten die Vorfälle um den Gedenktag von Sempach die anhaltende Gewaltbereitschaft der PNOS und den Willen ihrer Exponenten, sich auf einen Grabenkampf mit der linksextremen Seite einzulassen. Die Vorfälle sind bezeichnend für die gewaltextreme Szene in der Schweiz: Rechts- und Linksextreme schaukeln sich immer wieder gegenseitig auf; sie drohen, die Anlässe der Gegenseite zu verhindern oder zu stören. Trotzdem hat die Anzahl konkreter Auseinandersetzungen zwi-

schen den beiden ideologischen Lagern in der Schweiz abgenommen, was eine Ausnahmeerscheinung im europäischen Raum darstellt.

### Gesamtbeurteilung

Verglichen mit der Deutschschweiz existiert in der Westschweiz nur eine kleine zersplitterte Szene. Wie in der Deutschschweiz kommt es zu grösseren Fluktuationen, doch sind die Exponenten mehrheitlich etwas älter als in der Deutschschweiz. In den Westschweizer Kantonen halten sich die Aktivitäten in Grenzen, eher begeben sich auch die Rechtsextremen aus der West- in die Deutschschweiz.

Rechtsextreme Aktivitäten bedrohen derzeit die innere Sicherheit der Schweiz insgesamt nicht. Sie können aber punktuell und lokal die öffentliche Ruhe und Ordnung stören und haben dabei ein beträchtliches Schadenspotenzial. So entstehen immer wieder beträchtliche Kosten für Polizeieinsätze im Rahmen von Demonstrationen, beispielsweise um ein Aufeinandertreffen von Rechts- und Linksextremen zu verhindern. ■

## 2.2 Linksextremismus

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

---

- 30. Januar** Rund 300 Personen führten in Basel eine bewilligte Kundgebung gegen das Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum, WEF) in Davos GR durch. Dabei entstand durch Sprayereien, Glasbruch und den Wurf einer Signalfackel gegen einen Personenwagen ein Sachschaden von 90'000 Franken.
- 7. Februar** Rund hundert Linksextreme unter 500 Teilnehmern verursachten in Zürich bei einer unbewilligten, über SMS, Flyer und Facebook organisierten „Reclaim the Street“-Kundgebung Sachschäden in der Höhe von rund 500'000 Franken.
- 15. April** Die Polizei nahm in Langnau am Albis ZH drei Linksextreme fest, die mutmasslich einen Anschlag gegen ein neues Fabrikgebäude der IBM in Rüslikon ZH geplant hatten. Es wurden sowohl ein Bekenner schreiben als auch Gasflaschen und Sprengstoff sichergestellt.
- 24. April** In Winterthur ZH wurden acht Lieferwagen der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) in Brand gesteckt. Der dabei entstandene Schaden beläuft sich auf etwa 200'000 Franken.
- 1. Mai** Nachdem in Basel in den frühen Morgenstunden bereits drei Autos durch Brandanschläge zerstört und zwei weitere beschädigt worden waren, verübten Linksextreme am Abend bei einer konspirativ organisierten Nachdemonstration weitere Anschläge gegen Fahrzeuge und griffen einen Polizeiposten mit Molotowcocktails direkt an. Der Gesamtsachschaden im Zusammenhang mit dem 1. Mai in Basel beläuft sich auf rund 326'000 Franken.
- 21. Mai** Linksextreme verursachten bei einer unbewilligten, konspirativ organisierten „Reclaim the Street“-Kundgebung in Basel an Fahrzeugen, Schaufenstern und durch Sprayereien Sachschäden in der Höhe von 750'000 Franken.

- 12. Juni** Rund hundert Linksextreme führten in Freiburg zugunsten zweier inhaftierter Franzosen eine Solidaritätskundgebung durch. Bei den sich anschliessenden massiven Ausschreitungen wurden unter anderem das Gefängnis und die Polizeihauptwache direkt angegriffen. Zwei Polizisten wurden verletzt, 40 Demonstranten kontrolliert.
- 18. September** Bei einem Brandanschlag gegen eine Baustelle auf der Hardbrücke in Zürich entstand ein Sachschaden von etwa 300'000 Franken.
- 27./28. November** Vermummte entwendeten in Allschwil BL im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer Wahlurnen und setzten diese in Brand. Das Abstimmungslokal in Schlieren ZH wurde Ziel eines versuchten Brandanschlags und an verschiedenen Wahllokalen in Winterthur ZH wurden Türschlösser verklebt. Nach der Abstimmung kam es zu unbewilligten Kundgebungen in Zürich und Bern.



Kundgebung gegen  
Polizeigewalt  
am 12. Juni in Freiburg



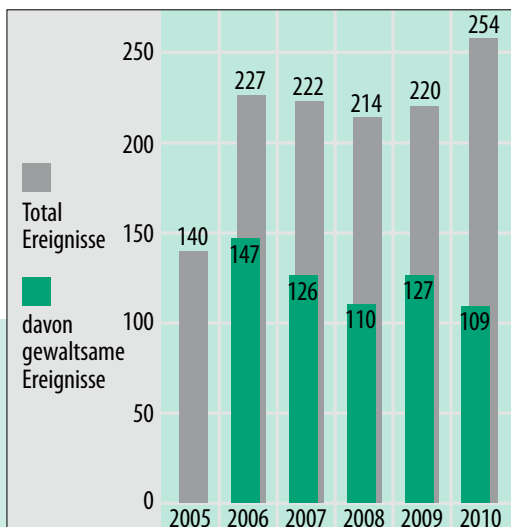
## Lage

### Zahl der Ereignisse

Gegenüber dem Jahr 2009 mit 220 Vorfällen ist die Zahl linksextrem motivierter Vorfälle 2010 auf 254 gestiegen, wovon 109 mit Gewalttaten verbunden waren. Die Zunahme um rund 15 Prozent ist insbesondere auf teils auch gewalttätige Aktionen gegen die von der SVP lancierte Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Volksabstimmung vom 28. November 2010) und auf zahlreiche Solidaritätsaktionen zugunsten angeblicher politischer Gefangener zurückzuführen. Dabei kommt drei im April 2010 verhafteten Linksextremen, die mutmasslich einen Anschlag gegen die IBM Rüschiplan geplant hatten, besondere Bedeutung zu.

### Ruhiges WEF 2010

Vom 27. bis 31. Januar 2010 fand in Davos GR das WEF statt. Der Mobilisierungsrückgang der Vorjahre bestätigte sich; erneut gelang den Globalisierungsgegnern keine nationale Koordination ihrer Aktionen, die im Rahmen der Erwartungen von Polizei und Organisatoren blieben. Insgesamt wurden drei Kundgebungen durchgeführt, die alle bewilligt waren.



In Luzern am 23. Januar und vor allem in Basel am 30. Januar waren Sachbeschädigungen zu verzeichnen. Insgesamt nahmen rund 800 Personen an den Demonstrationen teil; im Jahr 2009 waren es gesamthaft noch 1'800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewesen. Im Zusammenhang mit dem WEF verübten Linksextreme zwei Brandanschläge, von denen einer fehlschlug, und drei Farbanschläge. Der dabei entstandene Sachschaden entsprach mit rund 106'000 Franken in etwa dem des Vorjahres. Zu drei der fünf Anschläge bekannte sich der Revolutionäre Aufbau Schweiz (RAS).

### 1. Mai mit hohen Sachschäden

Am Tag der Arbeit waren in Basel, Zürich und Bern hohe Sachschäden zu verzeichnen. 120 Linksextreme sorgten an einer unbewilligten Nachdemonstration für heftige Ausschreitungen in Basel. Die Polizei nahm 15 Personen fest. In Zürich verlief der Tag der Arbeit dank konsequentem Eingreifen der Polizei ohne grössere Ausschreitungen und Sachbeschädigungen. Trotzdem wurden bei Auseinandersetzungen zwei Personen verletzt, darunter ein Polizist. 353 Personen wurden vorübergehend festgenommen. In Bern wurde in den frühen Morgenstunden des 2. Mai eine Polizeipatrouille bei der Reitschule mit einem Molotow-Cocktail beworfen. In Lausanne VD kam es zu einer unbewilligten Demonstration von Linksextremen. 54 Personen wurden angehalten und kontrolliert. Grössere Sachschäden waren nicht zu verzeichnen.

Dem NDB gemeldete linksextrem motivierte Ereignisse seit 2005 (ohne Schmierereien)

### **Ausschreitungen an zwei „Reclaim the Street“-Kundgebungen**

15 Linksextreme sorgten am 21. Mai in Basel für Ausschreitungen und richteten Schäden in der Höhe von 750'000 Franken an. Sie agierten aus einer Menge von rund 200 Personen heraus. Ähnlich hatten bereits in der Nacht auf den 7. Februar in Zürich rund 100 Linksextreme nicht nur einen Schaden von rund 500'000 Franken angerichtet, sondern auch die Polizei mit Reizstoffwurfkörpern, Flaschen und Steinen direkt angegriffen. In beiden Fällen nutzten gewalttätige Linksextreme als Trittbrettfahrer eine von Unbekannten konspirativ organisierte, sogenannte „Reclaim the Street“-Veranstaltung. Dabei handelt es sich um die zwar widerrechtliche, aber in aller Regel friedliche, symbolische „Rückeroberung“ des von den Organisatoren als kommerzialisiert beziehungsweise privatisiert wahrgenommenen öffentlichen Raums mittels eines Strassenfests oder einer Tanzparade. Die Organisatoren derartiger Anlässe sind nicht dem linksextremen Spektrum zuzuordnen. Auffallend war in Zürich und Basel die geschickte Vorbereitung der gut ausgerüsteten, sehr agil und geplant vorgehenden gewalttätigen Linksextremen. Neu war in Zürich, dass Fussballfans breit und gezielt mobilisiert wurden.

### **Geplanter Anschlag gegen Nanotechnologielabor**

Einen Schwerpunkt bildete 2010 die Festnahme von drei Linksextremen am 15. April in Langnau am Albis ZH. Sie hatten mutmasslich einen Anschlag mit einer unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) gegen ein im Bau befindliches Nanotechnologielabor

in Rüslikon ZH geplant. Die drei unterhielten enge Beziehungen zur anarchistischen Szene in Italien und teilweise auch zum Revolutionären Aufbau Zürich (RAZ). Der RAZ führt eines der beiden Zentralsekretariate des Secours Rouge International (SRI); das andere befindet sich in Brüssel.

In der Folge führten Linksextreme sowohl im Ausland als auch in der Schweiz immer wieder Solidaritätsaktionen zugunsten der Inhaftierten durch. Darunter finden sich sogenannte Knastspaziergänge oder Farb- und Brandanschläge. Einen Höhepunkt erreichten die Aktionen mit der vom SRI initiierten Kampagne zugunsten angeblicher politischer Langzeitgefangener vom 18. und 19. September. Die Aktionstage galten auch dem wegen Mordes einsitzenden Marco Camenisch und gipfelten am 18. September in einem Brandanschlag gegen eine Baustelle auf der Hardbrücke in Zürich, der rund 300'000 Franken Sachschaden anrichtete.

In Solidarität mit angeblichen politischen Gefangenen wurden am 23. Dezember 2010 in Italien mehrere Anschläge mit Paketbomben verübt. In der Schweizer Botschaft in Rom explodierte eine Paketbombe, wobei ein Botschaftsmitarbeiter an beiden Händen schwer verletzt wurde. In der Bekennung zu den Anschlägen nahm die linksextreme Gruppierung Federazione Anarchica Informale (FAI) auch Bezug auf die Inhaftierten in der Schweiz. Bereits am 1. und 2. November 2010 war nebst anderen Botschaften auch die Vertretung der Schweiz in der griechischen Hauptstadt Athen Ziel eines Anschlagsversuchs mit einer Paketbombe. Bei der Kontrolle eines verdächtigen Pakets wurde eine Stichflamme ausgelöst.

Verletzt wurde niemand. Zur Anschlagsserie bekannte sich die linksextreme griechische Organisation Konspiration der Zellen des Feuers.

### **Anschläge gegen Gentechnologie**

Die linksextreme Szene thematisierte 2010 auch die Gentechnologie. In diesem Zusammenhang verübten Aktivisten am 24. Juni in Pully VD mit Herbizid einen Anschlag gegen ein Versuchsfeld mit genmanipuliertem Weizen. Ausserdem wurden in Zürich am 29. Juni das Haus und das Auto eines Professors für Gentechnologie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Ziel eines Farban-schlages.

### **Antifaschismus**

Im breiten linksextremen Themenspektrum bildeten Asylwesen, Antirepression, Antirassismus und Antifaschismus einen besonderen Schwerpunkt. Dazu gehörten die vielfältigen Aktionen, die im Zusammenhang mit dem Tod zweier Häftlinge in Bochuz VD und Schöngrün SO im März respektive Juni standen sowie mit dem Tod eines aus einer Lyoner Banlieue stammenden Autodiebes. Dieser war am 18. April in Sévaz FR von der Polizei erschossen worden. Der Fall von Sévaz, mit dem die kurz darauf erfolgte Verhaftung zweier weiterer Autodiebe zusammenhängt, veranlasste die Szene am 12. Juni zu einer Kundgebung in Freiburg, bei der es zu schweren Ausschreitungen kam. Unter den rund hundert Demonstranten befanden sich mindestens 20 Franzosen, vorab aus der Banlieue von Rouen, wo zahlreiche linksextreme Hausbesetzer aus der seit 2007 auf-

gelösten Genfer Hausbesetzerszene Aufnahme gefunden haben.

Der 10. Antifaschistische Abendspaziergang vom 2. Oktober in Bern verlief ohne gewalttätige Zwischenfälle. Die Behörden hatten den Anlass zwar nicht bewilligt, tolerierten ihn aber. Verglichen mit den Vorjahren war die Bundesstadt bis Herbst 2010 weniger von linksextremer Gewalt betroffen. Hauptursache dafür dürfte die Volksabstimmung vom 26. September über die Zukunft der Reitschule gewesen sein, deren Weiterbestehen nicht durch Gewalttaten im Vorfeld gefährdet werden sollte. Die Reitschule gilt seit Jahren als Ausgangspunkt gewalttätiger linksextremer Aktionen. Nach der Annahme der eidgenössischen Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer im November war indessen wieder eine Zunahme linksextrem motivierter Gewalttaten in der Bundesstadt zu verzeichnen.

Auch andernorts fanden im Zusammenhang mit der Ausschaffungsinitiative Aktionen statt. In Allschwil BL betraten am 27. November Vermummte das Abstimmungslokal, entwendeten Wahlurnen und setzten diese in Brand. Am 28. November wurde das Abstimmungslokal in Schlieren ZH Ziel eines versuchten Brandanschlags. An verschiedenen Wahllokalen in Winterthur ZH wurden Türschlösser verklebt. Am Abend des Abstimmungssonntags reagierte die Szene mit unbewilligten Kundgebungen in Zürich und Bern auf das Abstimmungsergebnis. Dabei verursachten Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer Sachschäden in der Höhe von einigen zehntausend Franken.

## Beurteilung

### Themen

2010 war durch eine Vielzahl von Solidaritäts- und Protestaktionen zu verschiedensten Themen gekennzeichnet. Das Thema Wirtschaftskrise verlor dabei gegenüber dem Vorjahr deutlich an Bedeutung. Hingegen bildeten der Kampf gegen Repression, Faschismus, Sexismus, Migrations- und Asylpolitik weiterhin wichtige Aktionsschwerpunkte im generell sehr weit gefächerten Spektrum von Linksextremen aufgegriffener Themen. Dabei hängt die Wahl der Themen nicht zuletzt von der Tagesaktualität ab. So kam es im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Ausschaffungsinitiative zu Gewalttaten und Ausschreitungen, wie sie bislang in der Schweiz im Umfeld von Urnengängen nicht bekannt waren.

### Gewaltpotenzial

Das Gewaltpotenzial der linksextremen Szene bleibt unverändert hoch. Nach wie vor kann von rund 2'000 Linksextremen, darunter 1'000 gewalttätigen, ausgegangen werden. Tenden-

zen hin zu einem linksextrem motivierten Terrorismus waren 2010 nicht festzustellen. Die Beziehungen der Schweizer Szene zu linksterroristischen Gruppierungen im Ausland bleiben aber von Bedeutung, wobei dem RAS und dem SRI eine tragende Rolle zukommt. Der RAS bleibt die gewalttätigste linksextreme Organisation der Schweiz. Im November 2010 erhob die Bundesanwaltschaft vor dem Bundesstrafgericht in Bellinzona Anklage gegen einen Exponenten des RAS. Ihm werden vor allem Anschläge mit USBV auf Geschäftsliegenschaften im Raum Zürich vorgeworfen. Diese wurden im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm (Deutschland) im Juni 2007 und zu Beginn des WEF 2008 verübt. Da der Betroffene bereits zuvor wegen interner Auseinandersetzungen aus dem Revolutionären Aufbau ausgeschlossen worden war, kam es zu keinen Solidaritätsaktionen. ■



Explodierte Paketbombe –  
CH-Botschaft in Rom  
vom 23. Dezember

## 2.3 Tierrechttextremismus

### AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

---

- 1. März** Eine unbekannte Täterschaft versprayed in Schwyz die Fassade eines Pelzgeschäfts.
- 1. Juni** In Lugano TI fand eine Solidaritätsdemonstration mit den österreichischen Aktivistinnen statt. Die Offensiva Animalista organisierte eine Versammlung vor dem österreichischen Konsulat.
- 9. Juni** Proteste vor dem österreichischen Konsulat in Genf richteten sich gegen die österreichische Regierung, die repressiv gegen Tierrechtaktivisten vorgehe.
- 27. August** Vandalenakt während der 23. Auflage des Eselrennens in Mezzovico TI.
- 11. September/  
1. Oktober** Beschädigung von Jagdsitzen in Biberist SO im Namen der Animal Liberation Front (ALF) mit jeweils gut 2'000 Franken Sachschaden.
- 21. November** In Lugano TI wurden Werbeplakate des Zirkus Knie beschädigt. Für die Aktion übernahm die ALF die Verantwortung.

## Lage

### ALF

Unter den Aktionen 2010 sind diejenigen der ALF hervorzuheben. Deren Vorgehensweise folgt zwei Mustern: Zum einen befreit sie direkt Tiere und zum anderen schädigt sie Personen oder Unternehmen, die angeblich mit der Ausbeutung von Tieren zu tun haben. Dieser zweite Typ umfasst Sabotage, Vandalismus und Brandstiftung. 2010 verübte die ALF Aktionen beiderlei Typs.

### Überblick über die Kampagnen und die Solidaritätsaktionen

Tierrechtstremisten blieben 2010 aktiv. Ihre Proteste richteten sich gegen Pelzhändler, Metzger, Zoos, Zirkusse, pharmazeutische Unternehmen, Grossverteiler und andere Unternehmen, die in irgendeinem Zusammenhang mit der Haltung von Tieren stehen. Diese liefen mit wenigen Ausnahmen friedlich ab. Unter den für die Schweiz wichtigen Kampagnen sind na-

mentlich die Kampagne gegen das Pelzgewerbe, gegen die Verwendung von Tieren in Zirkussen, gegen die britische Tierversuchsfirma Huntingdon Life Sciences (HLS) sowie zugunsten österreichischer Tierrechtaktivisten, die 2010 in Österreich vor Gericht standen, zu nennen.

### SHAC

Die Kampagne Stop Huntingdon Animal Cruelty (SHAC) hat zum Ziel, die HLS zur Geschäftsaufgabe zu zwingen. Während des Jahres 2010 trat sie in der Schweiz kaum in Erscheinung, anders als in Grossbritannien, Deutschland und Frankreich, wo es vereinzelt zu kriminellen Aktionen kam. Tatsächlich erreichten die Aktionen gegen Novartis oder andere Pharmaunternehmen in der Schweiz nicht die Bedeutung des Vorjahres.



Tatort des  
Farbanschlags  
vom 1. März  
in Schwyz

### Weitere Kampagnen

Im Oktober beschloss die Firma Escada, aufgrund der zahlreichen Druckversuche der gewaltbereiten Tierrechttextremisten und ihrer Kampagnen gegen den Pelzhandel ab Januar 2011 auf die Verwendung von Pelz für die Kollektionen zu verzichten. Der Entscheid kann als Sieg der Tierrechtaktivisten angesehen werden, ist jedoch nicht irreversibel. Je nach Nachfrage können Pelzprodukte wieder ins Sortiment genommen werden. Mittlerweile ist das Unternehmen Max Mara das Hauptziel der Kampagne geworden.

Als besonderer Schwerpunkt ist 2010 die Unterstützung für die österreichischen Aktivisten zu nennen. Zur Erinnerung: Am 21. Mai 2008 wurden zehn Personen aus dem Lager der österreichischen Tierrechtaktivisten in Untersuchungshaft gesetzt. Im Februar 2010 klagte die Staatsanwaltschaft 13 Tierrechtaktivisten an. Der Prozess begann im März, und im Anschluss daran erfolgte auch eine Reihe von Demonstrationen in der Schweiz, die ohne Sachschäden verliefen. Die Aktivisten zeigten mit Spruchbändern und Transparenten vor den diplomatischen Vertretungen Österreichs in der Schweiz ihre Unterstützung für die Angeklagten.

Während des Jahres 2010 wurde häufig gegen die Ausbeutung von Zirkustieren protestiert. Die Aktion Zirkus ohne Tiere (AZOT) war anlässlich von Zirkusvorführungen schweizweit aktiv, insbesondere aber in den Kantonen Tessin, Waadt und Zürich. Die AZOT führte keine illegalen Aktionen durch.



## Beurteilung

---

### Themen

2010 verlief vergleichsweise ruhig, und die im Zusammenhang mit der Tierbefreiungsbewegung durchgeführten Aktionen blieben selten. Schwerpunkt war die Solidarität mit den österreichischen Aktivisten. Dieses Thema könnte künftig zu weiteren Aktionen Anlass geben, hauptsächlich vor den diplomatischen Vertretungen Österreichs. Ausserdem ist nicht mit einer Abnahme von Aktionen im Rahmen der AZOT zu rechnen, wie dies die 2010 vor Schweizer Zirkussen durchgeführten Demonstrationen zeigen.

### Gewaltpotenzial

In den letzten Jahren hat sich der gewaltbereite Tierrecht extremismus in der Schweiz vornehmlich in der Kampagne SHAC gezeigt. Bisher hat die Schweizer Szene aber keine Gewaltbereitschaft des massiven Ausmasses hervorgebracht, das in anderen Ländern zu beobachten ist. Nichtsdestoweniger gibt es hierzulande gewaltbereite Tierrecht extremisten, und die Schweiz wird wohl weiterhin Schauplatz gewalttätiger Aktionen ausländischer SHAC-Aktivisten sein. Schliesslich sind hier mehrere Pharmaunternehmen domiziliert, die Ziele der Kampagne sind, und die Schweizer Szene unterstützt mutmasslich Aktionen von SHAC. Es ist demnach damit zu rechnen, dass gewalttätige Aktionen im Rahmen von SHAC jederzeit durchgeführt werden können, ebenso wie es zu illegalen Aktionen der ALF kommen kann.

Verallgemeinernd kann festgehalten werden, dass das Gewaltpotenzial der Aktivisten gering bleibt. Allerdings sind die Verbindungen, die zwischen den Tierrecht extremisten und der linksextremen Szene in der Schweiz geknüpft wurden, ebenso wenig zu übersehen wie diejenigen mit gewaltbereiten Tierrecht extremisten im Ausland, insbesondere in Italien, Frankreich und in den Niederlanden. ■





### 3. Proliferation

## AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

---

- 12. Januar** Bei der Explosion einer Motorradbombe in Teheran starb angeblich ein bekannter iranischer Atomwissenschaftler.
- 29. März** Russland und die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) vereinbarten die Gründung einer Bank für Kernbrennstoffe. Diese steht allen Mitgliedern des Atomwaffensperrvertrags, die ihre Verpflichtungen erfüllen, offen.
- 7. Juni** Der Sicherheitsrat der UNO verlängerte das Mandat des Expertengremiums, das die Umsetzung der Sanktionen gegen Nordkorea unterstützt, um ein weiteres Jahr.
- 9. Juni** Der Sicherheitsrat der UNO verschärfte die Sanktionen gegen Iran.
- 30. September** Das amerikanische IT-Sicherheitsunternehmen Symantec publizierte eine ausführliche Analyse über eine Schadsoftware, die mutmasslich der Sabotage des iranischen Anreicherungsprogramms diene.
- 12. November** Nordkorea legte seine lange vermutete Urananreicherungsanlage anlässlich des Besuchs einer amerikanischen Expertendelegation offen.
- 23. November** Die IAEA in Wien rief Syrien erneut auf, zur Klärung von Unstimmigkeiten in seinem Atomprogramm beizutragen.
- 29. November** Bei einem mutmasslichen Mordanschlag starb ein Exponent des iranischen Atomprogramms, ein weiterer wurde bei einem ähnlichen Anschlag verletzt.
- 6. Dezember** In Genf fand eine weitere Gesprächsrunde im Streit um das iranische Atomprogramm statt.

## LAGE

### Überblick

Unter Proliferation versteht man die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen oder von Gütern und Technologien, die deren Herstellung und Erwerb fördern. Die Schweiz ist von der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowohl national (zum Beispiel als Technologielieferant) als auch international (zum Beispiel durch eine regionale Destabilisierung) betroffen. Es liegt im nationalen Interesse der Schweiz, die Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen zu erschweren.

Thematisch bilden auch weiterhin Nordkorea und Iran die Schwerpunktländer der Proliferation. Aber auch Syrien, Sudan, Myanmar und anderen Staaten werden einschlägige Programme nachgesagt. Nordkorea meldete sich 2010 durch die Ankündigung des Baus eines Leichtwasserreaktors und des Baus einer Urananreicherungsanlage prominent auf der Bühne zurück. Im gleichen Berichtsraum wurden zahlreiche gewaltsame Massnahmen gegen Irans nukleare Ambitionen publik. In den beiden in unter den „ausgewählten Ereignissen“ genannten Fällen richteten sich die Massnahmen mutmasslich konkret gegen Exponenten des iranischen Atomprogramms. Wie sehr dieses dadurch beeinträchtigt wurde, ist schwer abschätzbar.

Auf der nationalen und internationalen Agenda dominierten die Bemühungen Irans, den Sanktionen der Staatengemeinschaft auszuweichen, die Nonproliferationsbemühungen der

westlichen Staaten. Iran investiert namhafte Ressourcen, den spürbar gewachsenen Sanktionsdruck gegen seine Gesamtwirtschaft zu mindern. Dabei nutzt das Land alle Möglichkeiten, von diplomatischen (zum Beispiel Ausgleich und verstärkte Beziehungen zu wichtigen Nachbarländern) bis zu einfachen wirtschaftlichen Massnahmen (zum Beispiel die Gründung von „Schweizer“ Firmen in der Schweiz).

### Umgehungsversuche aus der EU

Die Umsetzung der Embargomassnahmen gegen Iran vergrössert den Kontrollaufwand, obwohl die Wirtschaftsbeziehungen zu Iran tendenziell abnehmen. Dies ist zum einen den zahlreichen Unternehmen geschuldet, die sich bei den Behörden über die Rahmenbedingungen für Geschäfte mit Iran erkundigen. Dabei erläutern die Behörden nicht nur Exportbestimmungen, sondern orientieren zum Beispiel auch über mögliche Zahlungskonditionen. Dies dient dazu, die Unternehmen vor Zahlungsausfällen zu schützen. Umgekehrt traten 2010 vermehrt Unternehmen auf, die von den schwierigen Verhältnissen im Geschäft mit Iran profitieren wollten. Dies betrifft Schweizer, iranische und EU-Unternehmen. Gerade bei EU-Unternehmen war bisweilen der Wunsch erkennbar, die EU-Embargomassnahmen gegen Iran via die Schweiz zu umgehen. So wurde zum Beispiel 2010 der Versuch einer umfangreichen Lieferung von Flugzeugen eines grossen europäischen Herstellers über ein Netz von Zwischenhändlern, unter anderem in der Schweiz,

mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit ausländischer Behörden verhindert. Eine Einzelbewilligung zum Export setzt nämlich gemäss Art. 5 Güterkontrollverordnung voraus, dass die natürliche oder juristische Person ihren Wohnsitz beziehungsweise ihre Niederlassung im schweizerischen Zollgebiet oder in einem der schweizerischen Zollausschlussgebiete hat.

International fällt angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die unterschiedliche Umsetzung der Iransanktionen ins Gewicht. Die Sanktionen werden namentlich in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU verschieden ernsthaft umgesetzt. 2010 konnte zum Beispiel eine umfangreiche Lieferung von international kontrollierten Werkzeugmaschinen aus einem EU-Staat nach Iran festgestellt werden. Die Lieferung wurde falsch deklariert, indem kritische Komponenten des Gesamtsystems als Ersatzteile nachgeliefert wurden. Dieses Vorgehen war hohen Regierungskreisen im betreffenden Staat bekannt. Ein solches Verhalten bedeutet für Schweizer Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil und schwächt die Bemühungen der Staatengemeinschaft.

#### **Politisierung der Wirtschaftsbeziehungen**

2010 zeigte sich erneut, wie sehr die Wirtschaftsbeziehungen zu Iran politisiert werden. Zwei Einzelgeschäfte von Schweizer Unternehmen wurden in den internationalen Medien ausführlich abgehandelt. Die Berichterstattung wich dabei signifikant von der Faktenlage ab. Das Reputationsrisiko bei Irangeschäften bleibt faktisch und propagandistisch sehr hoch. Die vom Bundesrat beschlossene Fusion des Strategischen Nachrichtendienstes und des Dienstes

für Analyse und Prävention erleichtert es den Schweizer Behörden heute, Anschuldigungen gegen Schweizer Interessen umfassender zu beurteilen. Dies rührt daher, dass neu alle verfügbaren Elemente in eine einzige Gesamtauswertung fliessen und die neue Struktur eine verbesserte Koordination zulässt.

#### **Iranische Beschaffungsversuche via Russland**

2010 konnten mehrere Beschaffungsversuche Irans für potenziell heikle Güter verhindert werden. Die iranischen Bemühungen erfolgten über Zwischenhändler in Russland. Dabei handelte es sich um Erstkontakte zu Unternehmen in der Schweiz, die üblicherweise andere Marktsegmente abdecken. Iran scheint also gezielt neue Beschaffungskanäle auszutesten. Schweizer Firmen sollten gegenüber Kontakten zu neuen Kunden, die erkennbar nicht Endabnehmer sind und Wünsche äussern, die ausserhalb des Üblichen sind, besondere Vorsicht walten lassen und von sich aus die Behörden kontaktieren.

#### **Südasiens**

Die Atomwaffenprogramme Indiens und Pakistans befinden sich weiterhin ausserhalb des Atomwaffensperrvertrags. Die Programme werden zunehmend militärisch operationalisiert. Die Beschaffungsvorgänge richten sich deshalb gegenwärtig auf Wissen, das im Endeffekt den Einsatz der erworbenen Waffenkapazität erlaubt, und weniger auf den Erwerb von Gütern oder Technologien, die direkt dem Waffenbau dienen. Zu diesem Wissen gehört zum Beispiel Expertise im Bereich der Führungsmittel, Kommunikation oder Einsatzvorbereitung wie Ka-

vernebau und Schutz kritischer, militärischer Infrastruktur. In diesem Bereich konnten Kontakte beider rivalisierender Staaten Richtung Schweiz beobachtet und unerwünschte Aktivitäten unterbunden werden.

### Prophylax

Das Präventions- und Sensibilisierungsprogramm Prophylax mit seinem dichten Kontaktnetz zur Industrie zeitigte auch 2010 seine Wirkung. Erneut konnte ein syrischer Beschaffungsversuch nur durch die etablierten Kontakte und kurzen Wege zur Industrie vereitelt werden. Prophylax zeigt exemplarisch, wie in Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen eine umfassende und gemeinsame Bedrohungslage zugunsten der Entscheidträger von Bund und Kantonen erarbeitet werden kann.

Der NDB wird das Programm Prophylax weiterführen und vermehrt auch den Kontakt zum Forschungsplatz Schweiz intensivieren. Das Präventions- und Sensibilisierungsprogramm gilt dabei nicht nur der Proliferation, sondern auch der damit eng verknüpften Wirtschaftsspionage. In dieser Hinsicht wird politisch geprüft, ob das Sensibilisierungsprogramm in einer geeigneten Form ebenfalls auf den Banken-, Werk- und Finanzplatz Schweiz ausgeweitet werden soll. Gleichzeitig findet die juristische Abklärung statt, ob dies in Zusammenarbeit mit weiteren Bundesbehörden in die Kompetenz des NDB fällt.

Mit solchen Bohr- und Fräsmaschinen werden gewöhnlich Leiterplatten bearbeitet. Hinweisen zufolge sollte eine solche Anlage in Syrien der Herstellung von Navigationseinheiten für ballistische Raketen dienen.



## BEURTEILUNG

---

### Standort Schweiz

International zeichnet sich die Schweiz durch einen wettbewerbsfähigen Werkplatz mit exzellenten Produkten, eine ausgeprägte Kundenorientiertheit, eine hohe Exportquote und sehr gute Rahmenbedingungen in den Bereichen Logistik, Kommunikation und Finanzen aus. Diese Stärken sind auch für Staaten attraktiv, die den Besitz von Massenvernichtungswaffen anstreben. Deshalb suchen Akteure im Bereich Proliferation Kontakte in die Schweiz oder versuchen, selbst hier präsent zu sein. Oft berühren sich dabei die Themenfelder „Proliferation“ und „verbotener Nachrichtendienst“, da die Proliferationstätigkeit staatliches Handeln darstellen kann und vor allem bei sensitiven Beschaffungen durch nachrichtendienstliche Massnahmen begleitet wird. Eine bewusste Kenntnis dieses Umstandes ist für die Wirtschaft wichtig, da eine Firma, die sensitive Kontakte zu Beschaffungsstrukturen in Risikoländern unterhält, sehr schnell auch zum Ziel von Nachrichtendiensten werden kann. Gleichermassen ist Vorsicht auf dem Forschungs- und Ausbildungsplatz Schweiz geboten, da Proliferation den Wissenstransfer einschliesst.

### Zentrale Herausforderung

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen gehört zu den zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Den Interessen eines Kleinstaaes läuft sie zuwider, weil damit in der Regel sicherheitspolitische Strukturen geschwächt

und machtpolitische Faktoren gegenüber ordnungspolitischen Bemühungen gestärkt werden. Auch direkte Auswirkungen für die Schweiz sind möglich. So hat die Machtbalance in der Golfregion zum Beispiel Einfluss auf die Energieversorgung der Schweiz. Die Schweiz hat auch deshalb ein Interesse an einer friedlichen und langfristig stabilen Lösung im Streit um das iranische Atomprogramm.

Die Schweiz bekämpft die Bemühungen ausländischer Staaten, in den Besitz von Massenvernichtungswaffen zu gelangen: Sie nimmt damit ihre eigenen sicherheitspolitischen Interessen wahr, setzt internationale Verpflichtungen um und schützt aktiv ihren Werkplatz vor Missbrauch durch Dritte. Gerade der Schutz vor Missbrauch durch Dritte wird zunehmend zentral, da in Zeiten einer globalen Wirtschaftskrise systematische Angriffe gegen die Standortvorteile der Schweiz zu beobachten sind. Die Erfahrung zeigt, dass das Fehlverhalten einiger weniger als Hebel genutzt werden kann, um die Rahmenbedingungen für einen ganzen Wirtschaftssektor zu verändern. Exportkontrollen mögen den administrativen Aufwand für einzelne Unternehmen erhöhen und können im Einzelfall sogar existenzbedrohend sein. Sie erfüllen im obigen Sinn aber eine wichtige Aufgabe gerade zugunsten der Gesamtwirtschaft.

Zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung bei der Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind die Behörden auf schlagkräftige Instrumente angewiesen. Dazu zählen beispielsweise moderne Methoden

der Informationsbeschaffung und ein unkomplizierter Austausch von Daten zwischen den Dienststellen von Bund, Kantonen und ausländischen Dienststellen. Ohne die entsprechenden Instrumente können die hohen Hürden, die notwendig sind für die Einleitung eines Strafverfahrens, erfahrungsgemäss kaum überwunden werden. ■





## 4. Verbotener Nachrichtendienst

## LAGE

---

### Ausforschung des Finanzplatzes

Der Druck auf den Finanzplatz Schweiz wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise verstärkt. Die Folgen zeigen sich weiterhin auch auf nachrichtendienstlichem Gebiet. Schweizer Banken beziehungsweise in der Schweiz ansässige Finanzinstitute sind weiterhin im Visier von ausländischen Behörden und Nachrichtendiensten.

Die Bundesanwaltschaft ermittelte 2010 wegen verbotenen wirtschaftlichen Nachrichtendienstes gegen einen Österreicher; der Mann soll gestohlene Bankdaten an deutsche Behörden verkauft haben. Der Verdächtige tötete sich im September in Untersuchungshaft selbst.

### Opposition im Exil

In der Schweiz sind mehrere ausländische Nachrichtendienste aktiv. Hier wohnhafte Regimegegner stellen häufig Ausforschungsziele der Dienste ihrer Herkunftsstaaten dar. Teilweise verfügen diese Nachrichtendienste über genügend Ressourcen, um Informationen über die Mitglieder ihrer Diasporagemeinschaft zu gewinnen, diese zu überwachen und zu innenpolitischen Zwecken zu instrumentalisieren. Solche Aktivitäten konnten auch 2010 festgestellt werden. So versuchten Nachrichtendienste die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Kundgebungen von Oppositionsgruppen zu überwachen und zu identifizieren. Vor allem in Bern und Genf wurden solche Observationen festgestellt. Ein Nachrichtendienst rekrutierte Informanten unter den Oppositionellen und infiltrierte die

Regimegegner mit Agenten.

2010 konnte der NDB feststellen, dass ein nordafrikanischer Staat seine nachrichtendienstlichen Aktivitäten steigerte. Neben der üblichen, bereits bekannten nachrichtendienstlichen Tätigkeit gegen Regimegegner in der Schweiz unterhielten die Nachrichtendienstoffiziere ein sich über mehrere Länder erstreckendes Informantennetz; sie waren auch in mehreren europäischen Staaten aktiv. Die Abklärungen dauern noch an.

### Genf

Genf ist für ausländische Nachrichtendienste besonders wichtig: Zahlreiche internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen ziehen nicht nur Diplomaten, Geschäftsleute und Journalisten, sondern auch Nachrichtendienstoffiziere an. Diese geben sich oft nicht als solche zu erkennen und agieren getarnt – unter anderem auch als Diplomaten, Geschäftsleute und Journalisten. Ihr Auftrag kann sowohl Schweizer Interessen als auch die Interessen von Drittstaaten betreffen.

### IT-Spionage

In den vergangenen Jahren wurden in der Schweiz und anderen europäischen Ländern Cyberattacken festgestellt. Obwohl die Urheber von Cyberattacken mit Spionageabsichten nicht immer vollständig identifiziert werden können, ist durch eine Analyse der Angriffe deren Ursprung mit einer hohen Zuverlässigkeit bestimmbar. Zudem können anhand der verwen-

deten Methoden, der Opfer der Angriffe und der Art der gesuchten Informationen beispielsweise aus Technik, Wissenschaft oder Politik ziemlich genaue Rückschlüsse darauf gezogen werden, ob es sich um einen staatlichen oder anderen Angreifer handelte.

Einige Nachrichtendienste kennzeichnen sich durch eine besonders offensive Informationsbeschaffung, und bei einigen europäischen Nachrichtendiensten gewinnt die Spionage beziehungsweise die Spionageabwehr im virtuellen Raum an Stellenwert. Dies hat auch mit einem steigenden Angebot zu tun, da immer mehr Informationen elektronisch zirkulieren und potenziell abgeschöpft werden können. Diese Methoden erfordern neue Ressourcen und spezialisiertes Know-how. Den Nachrichtendiensten eröffnet die Spionage im virtuellen Raum die Möglichkeit, gezielt Informationen zu beschaffen, möglicherweise ohne zusätzlich Agenten im Ausland einzusetzen. Das schützt Agenten, und die nachrichtendienstliche Tätigkeit ist auf politischer Ebene weniger exponiert. Die Ziele der Cyberangriffe können Verwaltungen oder Regierungen sein, einzelne Unternehmen oder Privatpersonen, aber auch Oppositionelle im Exil.

### **Russische Agenten**

Illegale nachrichtendienstliche Agententätigkeit ist nicht nur in der Schweiz, sondern weltweit ein wiederkehrendes, politisch sehr heikles Themenfeld und somit auch eine Herausforderung für die internationale Diplomatie. Ende Juni 2010 wurden in den USA zehn Agentinnen und Agenten festgenommen, die teilweise unter falscher Identität während ungefähr

zehn Jahren für den russischen Auslandnachrichtendienst SVR Informationen gesammelt hatten. Kurz darauf wurde in Zypern ein elfter Verdächtiger festgenommen, der anschliessend gegen Kautionsfreilassung wurde und seither verschwunden ist. Am 9. Juli wurden die für Russland tätigen Agenten in Wien gegen vier Russen eingetauscht, die in Russland wegen Spionage für die USA und Grossbritannien verurteilt worden waren. Einer Russin im Agentenring wurde die britische Staatsbürgerschaft entzogen. Im Rahmen der Ermittlungen wurde in den USA am 13. Juli ein bei Microsoft angestellter Russe festgenommen und anschliessend wegen Verstosses gegen die Einwanderungsbestimmungen ausgewiesen.

Der Agentenaustausch soll zwischen den Direktoren der Central Intelligence Agency (CIA) und des SVR ausgehandelt worden sein und diente der Beruhigung der Beziehung zwischen den USA und Russland. Die nach Russland zurückgekehrten Agenten wurden durch den SVR befragt und danach durch den russischen Präsidenten ausgezeichnet.

Die russischen Spione sollen beauftragt gewesen sein, regierungnahe Kreise zu infiltrieren und Informationen beispielsweise zur amerikanischen Politik gegenüber Afghanistan und Iran oder zum Rüstungsvertrag zwischen Moskau und Washington zu beschaffen. Ein früherer hochrangiger amerikanischer Beamter im Bereich der nationalen Sicherheit und ein amerikanischer Atomwaffenforscher sollen kontaktiert worden sein.

Die Angehörigen des russischen Agentenrings arbeiteten mit bewährten, klassischen Methoden wie unsichtbarer Tinte, falschen Pässen

für Reisen nach Moskau und zurück in die USA und Erkennungszeichen bei Treffen. Sie nutzten aber auch moderne Technik wie beispielsweise steganografische Verfahren, eine besondere Form, verschlüsselte Informationen in unauffälligen Daten zu verbergen, oder drahtlose Datenübermittlung zwischen Laptops. Das Federal Bureau of Investigation (FBI) konnte den Spionagering unter anderem mittels Observation, Abhörmaßnahmen in Wohnungen und Hotelzimmern sowie Überwachung von Telefon und E-Mail aufdecken.

## BEURTEILUNG

### Human Intelligence

Der Fall des russischen Agentenrings in den USA zeigt auf anschauliche Weise auf, wie Staaten weiterhin Agenten einsetzen, das heisst mittels sogenannter Human Intelligence (Humint) an Informationen zu gelangen versuchen. Sie versuchen, Ziele und Absichten von fremden Staaten im Vorhinein zu ergründen, und wollen wissen, wie die politischen Beschlüsse in andern Staaten zu Stande kommen. Diese Informationen ermöglichen es ihnen, die eigenen Positionen zu entwickeln, vorteilhaft zu vertreten und zu verteidigen. Zudem gibt es auch spezifische militärische, technologische und wirtschaftliche Aufklärungsziele.

Spuren in die Schweiz gab es in diesem Fall nicht, wohl aber in dem des hohen estnischen Sicherheitsbeamten Hermann Simm, einem Fall aus dem Jahr 2008. Dieser verriet dem SVR Geheimnisse der Nato. Wie die russischen Agenten in den USA lebte der Führungsoffizier Simms in Europa unter einer besonders aufwendigen Tarnung. Er agierte nach aussen als Geschäftsmann und gab vor, eine andere Nationalität zu haben als die russische. Er nutzte unter anderem auch die Schweiz für logistische Zwecke. Der Fall Simm zeigt auf, dass es möglich ist, auch besonders getarnte Agenten zu entdecken.

### Prävention

Einreiseverbote sind unter anderem ein Mittel, um illegale nachrichtendienstliche Aktivitäten in der Schweiz zu verhindern. Sie sind zur Be-

kämpfung des verbotenen Nachrichtendienstes wirkungsvoll, aber nicht immer einsetzbar, da die Sicherheitsinteressen der Schweiz bei der Prüfung des Einzelfalles bisweilen hinter anderen, zum Beispiel ausserpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen, zurückstehen müssen. Als weiteres Präventionsinstrument gilt eine restriktive Akkreditierungspolitik der Schweiz bei im Ausland einschlägig vorbelasteten Nachrichtendienstoffizieren unter diplomatischer Tarnung. Auch hier erfolgt aber im Einzelfall eine gesamtpolitische Interessenabwägung, bei der beispielsweise die bilateralen Beziehungen zum Entsendestaat höher gewichtet werden können als die Spionageabwehr.

### Wirtschaftlicher Nachrichtendienst

Die Bedrohung durch verbotenen wirtschaftlichen Nachrichtendienst hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Sollte sich jedoch die Wirtschaftskrise wieder verschärfen, kann auch diese Bedrohung wieder zunehmen. In diesem Zusammenhang könnte auch der politische Druck gegen die im internationalen Vergleich attraktive schweizerische Steuerpolitik in Zukunft zunehmen. Staatliche und private Akteure sind in der Schweiz zudem weiterhin im Rahmen der Ausforschung des Finanz- und Wirtschaftsstandortes tätig. ■



## 5. Angriffe auf Schweizer Informationsinfrastrukturen



## AUSGEWÄHLTE EREIGNISSE

- Februar** Ein Angriff mit infizierten E-Mails wurde entdeckt. Die E-Mails waren insbesondere an Mitarbeiter in Verteidigungsministerien der Teilnehmerländer einer Nato-Konferenz adressiert.
- April** Eine Vielzahl infizierter Webseiten wurde mit dem neu entwickelten Prüfwerkzeug von MELANI entdeckt.
- Juni** Der Trojaner Stuxnet wurde entdeckt; sein Ziel waren Prozessleitsysteme der Firma Siemens.
- Oktober** Die niederländische Polizei schaltete ein Botnetz ab.
- November** Angriff auf die Verfügbarkeit (Denial of Service, DoS) von Webseiten von Schweizer Bundesratsparteien.
- Dezember** DoS-Angriff auf die Webseite der Postfinance. Der Grund war die Sperrung des Kontos von Wikileaks-Gründer Julian Assange.



Programm „Low Orbit Ion Cannon“, mit dem man ohne grosse Computerkenntnisse an Angriffen teilnehmen kann.

## LAGE

---

### Angriff auf Prozessleitsysteme

Im Juni 2010 entdeckte ein weissrussisches Antiviren-Unternehmen die Schadsoftware Stuxnet, die zum Angriff auf Prozessleitsysteme der Firma Siemens konzipiert worden war. Diese Schadsoftware weist eine bislang nicht dagewesene Komplexität auf. Sie nutzte mehrere unbekannte Sicherheitslücken, missbrauchte Sicherheitszertifikate und verbreitete sich unter anderem über USB-Speichermedien. Sie war dazu konzipiert, sowohl Informationen über die zu steuernde Anlage zu gewinnen und an den Angreifer zu senden als auch die Betriebssoftware der Kontrollsysteme zu manipulieren. Stuxnet war vor allem in Indonesien, Indien und Iran aktiv.

### Webseiteninfektionen

Ein neu entwickeltes Prüfwerkzeug von MELANI für Schweizer Webseiten führte im April zur Entdeckung einer Vielzahl infizierter Schweizer Webseiten. Als Folgemassnahme publizierte MELANI eine Warnung und informierte die betroffenen Webseitenadministratoren. Im Oktober schaltete die niederländische Polizei die Kontrollserver des dahinterstehenden Botnetzes (mit Schadsoftware infizierte private Computer, die durch Dritte ferngesteuert werden) ab. Als Drahtzieher wird ein 27-jähriger Mann verdächtigt, der verhaftet werden konnte. Die Täterschaft hatte die Absicht, ein möglichst grosses, weltweites Botnetz zu generieren, um Teile davon entweder zu verkaufen oder zu vermieten.

### Angriff mit infizierten E-Mails

In der dritten Februarwoche wurde ein Angriff mit infizierten E-Mails entdeckt. Diese waren insbesondere an Mitarbeiter in Verteidigungsministerien der Teilnehmerländer einer Nato-Konferenz versandt worden. Die auf Englisch verfassten E-Mails enthielten ein Dokument zu dieser Konferenz, die Ende Februar stattfinden sollte. Beim Öffnen der Datei wurde der Computer infiziert und so Teil eines Botnetzes. Der Code hatte insbesondere die Funktion, Login-Daten für E-Mails und soziale Netzwerke abzufangen. Die Analyse der Schadsoftware ermöglichte es, den Kommandoserver zu bestimmen und in der Folge eine umfassende Liste infizierter Systeme zu erstellen. Damit konnten die zuständigen Stellen informiert und das Botnetz deaktiviert werden. In der Schweiz wurden keine Opfer festgestellt.

### Cyberattacken auf politische Parteien

Mehrmals während des Jahres 2010 waren die Bundesratsparteien respektive ihre kantonalen oder kommunalen Organisationen Ziel von Cyberattacken. Anfangs 2010 wurde die Webseite der SVP Stadt Zürich mehrmals mittels eines Schriftzugs verunstaltet. Es erschien der Schriftzug „26C3 – Here be Dragons“. „Here be Dragons“ war der Slogan des 26. Kongresses des Chaos Computerclubs (CCC) in Berlin. Nach dem Säubern wurde die Homepage ein weiteres Mal verunstaltet, dieses Mal mit einem Jux-Video mit dem Titel „300 – SVP must die“ in Anlehnung an den Film „300“. Zudem wurde

ein Video mit Bezug zur Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten aufgeschaltet. Anfangs November wurden die Webseiten von Bundesratsparteien mit DoS-Angriffen für mehrere Stunden lahmgelegt.

### Angriff auf Webseite der Postfinance

Am 5. Dezember sperrte die Postfinance das Spendenkonto des Wikileaks-Gründers Assange wegen falschen Angaben zu seinem angeblichen Wohnsitz in Genf. In der Folge wurde die Webseite der Postfinance Ziel eines DoS-Angriffs durch mutmassliche Wikileaks-Sympathisanten. Koordiniert wurden die Attacken offenbar durch eine informelle Gruppierung namens Anon Operation, die seit Dezember 2010 elektronische Vergeltungsschläge durchführt. Diese richten sich gegen Personen oder Institutionen, die Anon Operation für die Gegner von Wikileaks hält. Neben der Postfinance waren auch die Ebay-Tochtergesellschaft Paypal sowie die Webseiten von Mastercard, Visa und Interpol Ziel ähnlicher Angriffe. Die Sicherheit der Guthaben oder der Daten von Kunden der Postfinance war durch diesen Angriff nicht gefährdet.

### Internationale Übungen

Die Europäische Agentur für Netzsicherheit (ENISA) der EU organisierte am 4. November die erste europaweite Übung unter dem Titel „Cyber Europe 2010“. Ziel war, die Reaktionsfähigkeit der EU- und EFTA-Länder bei einem Cyberangriff zu testen. Rund einen Monat zuvor hatte im Rahmen des International Watch and Warning Networks (IWWN) die internationale Übung „Cyberstorm III“ stattgefunden. Die Schweiz nahm an beiden Übungen teil.

Im Rahmen von „Cyber Europe 2010“ wurden der Schutz kritischer Informationsinfrastrukturen, die Strafverfolgung im Bereich Cyberkriminalität, die Regierungs-CERTs (Computer Emergency Response Teams) und Regulatoren getestet. Mehr als 150 Experten von 70 öffentlichen Stellen wurden mit über 320 Ereignissen konfrontiert. Grundlage der Übung war ein Szenario, in dem die Internetverbindungen zwischen den europäischen Ländern schrittweise ausfallen oder erheblich eingeschränkt werden. Die Teilnehmer mussten zusammenarbeiten, um weitere Ausfälle zu verhindern und um die Verbindungen wiederherzustellen. Das Ziel war es herauszufinden, wie gut Europa auf solche Bedrohungen vorbereitet ist. Der Abschlussbericht lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Trotzdem kann bereits gesagt werden, dass die Kommunikation, besonders bei den nationalen CERTs, gut funktionierte. Auf europäischer wie auch internationaler Ebene gibt es bereits etablierte Kontaktlisten, die täglich benutzt werden. Diese müssen aber vervollständigt, regelmässig aktualisiert und vor allem im täglichen Geschäft gepflegt werden.



Logo des ersten Reaktionsfähigkeitstests der EU und EFTA-Länder bei einem Cyberangriff

Die Vernetzung geht aber über Europa hinaus: In diesem Zusammenhang nahm MELANI an der Übung „Cyberstorm III“ des IWWN teil, die vom 29. bis 30. September 2010 stattfand. Die Übung wurde vom amerikanischen Heimat-schutzministerium organisiert. An der Übung beteiligten sich Vertreter von sieben amerikanischen Ministerien und elf Bundesstaaten, 60 Privatunternehmen und elf ausländischen Partnern. Die Übung hat auch hier gezeigt, dass die internationalen Kontaktpunkte funktionieren und über die rein technische Problemlösung hinausgehen.

## BEURTEILUNG

---

### Künftig vermehrt Angriffe auf Prozessleitsysteme

Prozessleitsysteme werden zur Überwachung, Kontrolle und Steuerung von Industrieanlagen oder von Infrastrukturen zur Verteilung lebenswichtiger Güter wie Strom, Wasser und Brennstoffe oder im Bereich des Transports und Verkehrs eingesetzt. Ihr Einsatz ist ohne Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) undenkbar. Schon seit einigen Jahren wird auf die Möglichkeit hingewiesen, dass solche Systeme angegriffen werden könnten. Im Fall von Stuxnet wurden als mögliches Ziel iranische Atomanlagen genannt. Es ist damit zu rechnen, dass in Zukunft industrielle Kontrollsysteme aller Art vermehrt im Fokus von Angreifern stehen. Dies wird dadurch ermöglicht, dass anders als früher Sensoren, Maschinen und Schalter heute immer häufiger über eine eigene IP-Adresse verfügen, das normale Internetprotokoll zur Kommunikation mit dem Zentralrechner genutzt wird und Steuersoftware auf handelsüblichen Betriebssystemen läuft. Der Einsatz solcher kostengünstiger herkömmlicher IKT wird allerdings auch damit bezahlt, dass Prozessleitsysteme nun grundsätzlich den gleichen Bedrohungen wie IT-Systeme für den Massenmarkt ausgesetzt sind. Das Spannungsfeld zwischen Kostendruck, Effizienz und der Verfügbarkeit von Information auf der einen Seite und Klumpenrisiken, Auslagerung kritischer Informationen und zunehmender Verletzlichkeiten aufgrund einheitlicher, vernetzter Plattformen auf der anderen Seite wird sich verstärken.

### Spionageabwehr

Die Bedrohung durch gezielte Spionage mit Hilfe von IKT-Mitteln sowohl gegen Regierungssysteme wie auch gegen Unternehmen bleibt bestehen. Die bekannt gewordenen Spionagefälle sind nicht als unabhängige Einzelfälle zu betrachten, vielmehr muss auf Gemeinsamkeiten geachtet werden. Hierzu müssen einzelne Vorfälle verknüpft und dann einem Gesamtkomplex zugeordnet werden: Was in der klassischen Spionageabwehr eines jeden Landes und Unternehmens zum Standard gehört, war in der Welt des Internets und der IKT bisher eher eine Seltenheit und sollte vermehrt auch hier angewandt werden.

### Webseiteninfektionen

Bei der Schadsoftware, die mit dem neuen Prüfwerkzeug von MELANI im April entdeckt wurde, handelte es sich um Bredolab. Diese fügte die infizierten Computer in ein Botnetz ein, das schätzungsweise aus bis zu 30 Millionen Computern bestand. Für den Betreiber des Botnetzes stand vor allem die Verbreitung von Bredolab im Vordergrund: Hatte sie einen Computer infiziert, suchte Bredolab nach Login und Passwort von Webseitenadministratoren, um mit diesen Daten automatisch weitere Webseiten zu infizieren. Anschliessend vermietete oder verkaufte der Betreiber Teile des Botnetzes an Kriminelle.

### PDF-Dateien als Angriffsmittel

Es ist nicht geklärt, ob es sich bei den Hackerangriffen, die mittels eines Dokumentenanhangs zu einer Nato-Konferenz in E-Mails ausgeführt wurden, um gezielte Angriffe handelte. Typisch an dem Fall war jedoch insbesondere, dass PDF-Dateien eingesetzt wurden. Dies ist heute meistens der Fall, im Gegensatz zu früher, wo bei Hackerangriffen häufig Office-Dokumente verwendet wurden. Beispiele liessen sich aus dem Jahr 2010 auch für die Schweiz beibringen, bei denen mit manipulierten PDF-Dokumenten Sicherheitslücken ausgenutzt wurden, für die noch kein Update vorhanden war.

### Angriffe auf politische Parteien

Nach der Annahme der Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten wurden über 5'000 Internetseiten gehackt, darunter auch Seiten von SVP-Ortsparteien und der Jungen SVP. Hinter diesen Angriffen wird eine Täterschaft mehrheitlich aus dem türkischen Raum vermutet. Die Angriffe anfangs 2010 dürften hingegen von Angreifern aus dem deutschen oder deutschschweizerischen Raum und Teilnehmerinnen und Teilnehmern des CCC-Kongresses herrühren. Die Webseite wurde jedenfalls vom CCC als Ziel aufgelistet. Die konkrete Täterschaft ist jedoch unbekannt; Strafanzeige wurde keine erstattet. Bei dieser Webseitenverunstaltung dürfte eine Lücke im Content Management System ausgenutzt worden sein.

Bei DoS-Angriffen gegen die Internetauftritte von Bundesratsparteien anfangs November wählten bis zu 200 Computer grösstenteils aus Deutschland, den Niederlanden und den USA die Webseiten der Parteien über 10'000 Mal

pro Sekunde an. Diese wurden damit überlastet. Weder Täterschaft noch ihr Motiv sind bekannt. Auch in diesem Fall wurde keine Strafanzeige erstattet.

DoS-Angriffe sind nichts Neues und wurden schon früher für Erpressungen oder zur Schädigung von Konkurrenzfirmen eingesetzt. Aber auch politisch motivierte Angriffe werden vermehrt beobachtet. So ist eine politische Motivation im oben beschriebenen Fall zu vermuten oder beim DoS-Angriff gegen die Postfinance aufgrund der Sperrung des Kontos von Julian Assange. Neben den Demonstrationen vor Ort werden Proteste zunehmend auch in den virtuellen Raum getragen. Bei politischen Auseinandersetzungen ist demzufolge zukünftig vermehrt auch mit Angriffen gegen Internetdienste zu rechnen, die sich entsprechend auf solche Vorkommnisse vorbereiten sollten. ■



# Abkürzungsverzeichnis



ALF .....	Animal Liberation Front
AQAH .....	al-Qaida auf der arabischen Halbinsel
AQIM .....	al-Qaida im islamischen Maghreb
APG .....	Allgemeine Plakatgesellschaft
AZOT .....	Aktion Zirkus ohne Tiere
BWIS .....	Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit
CCC .....	Chaos Computerclub
CDK .....	Kurdische Demokratische Gesellschaft
CERT .....	Computer Emergency Response Team
CIA .....	Central Intelligence Agency
DoS .....	Denial of Service
EDA .....	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EFSF .....	European Financial Stability Facility
ENISA .....	Europäische Agentur für Netzsicherheit
ETH .....	Eidgenössische Technische Hochschule
FAI .....	Federazione Anarchica Informale
FBI .....	Federal Bureau of Investigation
fedpol .....	Bundesamt für Polizei
GTF .....	Global Tamil Forum
HLS .....	Huntingdon Life Sciences
HPG .....	PKK-Volkverteidigungskräfte
Humint .....	Human Intelligence
IAEA .....	Internationale Atomenergiebehörde
IHH .....	Internationale Humanitäre Hilfsorganisation
IKT .....	Informations- und Kommunikationstechnologie
ISI .....	Islamischer Staat Irak
IWWN .....	International Watch and Warning Network

KCK.....	Union der Gesellschaften Kurdistans
LTTE.....	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MeK.....	Iranische Volksmudschaheddin
MELANI.....	Melde- und Analysestelle Informationssicherung
MROS.....	Meldestelle für Geldwäscherei
Nato.....	North Atlantic Treaty Organization
NDB.....	Nachrichtendienst des Bundes
PETN.....	Nitropenta
PKK.....	Arbeiterpartei Kurdistans
PNOS.....	Partei National Orientierter Schweizer
RAS.....	Revolutionärer Aufbau Schweiz
RAZ.....	Revolutionärer Aufbau Zürich
SCET.....	Rat der Eelam Tamilen Schweiz
SHAC.....	Stop Huntingdon Animal Cruelty
SRI.....	Secours Rouge International
StGB.....	Strafgesetzbuch
SVP.....	Schweizerische Volkspartei
SVR.....	Russischer Auslandnachrichtendienst
Swift.....	Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication
TAK.....	Freiheitsfalken Kurdistans
TCC.....	Tamil Coordination Committee
TGTE.....	Transnational Government of Tamil Eelam
TTP.....	Therik-e Taliban Pakistan
USBV.....	Unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung
WEF.....	World Economic Forum / Weltwirtschaftsforum
ZNDG.....	Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes



## **Redaktion**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB

## **Redaktionsschluss**

---

14. Februar 2011

## **Kontaktadresse**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB  
Papiermühlestrasse 20  
CH-3003 Bern  
E-Mail: [info@ndb.admin.ch](mailto:info@ndb.admin.ch)  
Telefon: +41 (0)31 323 95 84  
[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch)

## **Vertrieb**

---

BBL, Verkauf Bundespublikationen,  
CH-3003 Bern  
E-Mail: [verkauf.zivil@bbl.admin.ch](mailto:verkauf.zivil@bbl.admin.ch)  
[www.bundespublikationen.admin.ch](http://www.bundespublikationen.admin.ch)  
Art.-Nr. 503.001.10d  
ISSN 1664-4670

## **Copyright**

---

Nachrichtendienst des Bundes NDB, 2011



**SICHERHEIT SCHWEIZ**

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

Telefon: +41 (0)31 323 95 84

[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch)

**SICHERHEIT SCHWEIZ**

Nachrichtendienst des Bundes NDB

Papiermühlestrasse 20

CH-3003 Bern

Telefon: +41 (0)31 323 95 84

[www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch)